Albanien - immer an der Seite der revolutionären Völker Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 5. August 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Bonner Steuerpolitik

Die Armen zahlen, die Reichen kassieren!

Mitte Juli stimmte der Bundesrat dem Steueränderungsgesetz zu. Damit ist die Mehrwertsteuer, die die Werktätigen im nächsten Jahr rund 10,5 Mrd. DM kosten wird — die zu erwartenden Preiserhöhungen nicht mitgerechnet — endgültig beschlossene Sache. Damit ist aber auch klar, daß das nächste Jahr den Reichen weitere Steuervorteile bringen wird. Vor allem durch die Senkung der Vermögenssteuer schenkt ihnen der kapitalistische Staat Millionen und Abermillionen.

Aber dieses Steuergesetz der Regierung, das den Armen nimmt, um den Reichen zu geben, zeigt nur die Spitze des Eisbergs. Denn die kapitalistische Steuergesetzgebung sorgt dafür, daß auch ohne ausdrückliche Steuererhöhungen die Steuerlasten für die Werktätigen jedes Jahr steigen. So stieg die Lohnsteuer von 8,1 Mrd. DM im Jahre 1960 auf ca. 92,5 Mrd. DM im Jahre 1977. Das heißt, die Werktätigen zahlen heute 11 mal so viel Lohnsteuer wie vor 16 Jahren.

Die Steuern, die die Kapitalisten zahlen, stiegen dagegen keineswegs im gleichen Umfang. Während der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen sich von 11,8% im Jahre 1960 auf 31,1% im Jahre 1977 erhöhte, sank der Anteil der wichtigsten Steuern, die die Kapitalisten zahlen (Vermögenssteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbe-Ertrag-und kapitalsteuer) von 21,5% Anfang der 60er Jahre auf 13,5%. Wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß das Steueraufkommen, das die Kapitalisten zahlen, mehr oder weniger nur Symbolwert hat. Vor allem deshalb, weil sie die gezahlten Steuern doppelt und dreifach wieder in Form von Subventionen, in Form von staatlichen Aufträgen in der Rüstung, in vielen anderen Bereichen usw. wieder zurückbekommen.

Das Gerede der Politiker von der „sozialen Steuergesetzgebung" ist also nichts als Demagogie. Der kapitalistische Staat nimmt keineswegs von allen, um allen zu geben. Er nimmt den Armen, um den Reichen zu geben. Er vertritt die Klasseninteressen der Bourgeoisie, er führt ihre Geschäfte und läßt sie sich von den Werktätigen bezahlen. Das zeigt sich bei der Steuergesetzgebung besonders krass, und deshalb wächst die berechtigte Empörung der Werktätigen gegen diese staatliche Ausplünderung. Der Arbeiter, der seine Lohnabrechnung bekommt, schimpft nicht nur auf den Kapitalisten, der ihn immer unverschämter ausbeutet, sondern auch auf den Staat, der mittlerweile bereits 59 Pfennig von jeder dazuverdienten Mark an Steuern und Abgaben kassiert, davon allein 25 Pfennig für die Lohnsteuer.

Scheinheilig haben jetzt — gerade als das neue Steuergesetz den Bundesrat passierte — Finanzminister Apel und andere Politiker Senkungen der Lohnsteuer angekündigt — für das Jahr 1980, in dem bekanntlich die nächsten Bundestagswahlen stattfinden werden. Auch die CDU geht mit Versprechungen über Lohnsteuersenkungen hausieren. Eine Senkung der Lohnsteuer — oder besser gesagt, eine Zurücknahme der Erhöhungen der letzten Jahre — ist allerdings dringend notwendig, ist eine weit verbreitete Forderung. Aber soll man sie als „Geschenk" von der Regierung in Bonn, vom kapitalistischen Staat erhoffen, die gerade mit dem letzten Steuergesetz erneut bewiesen haben, daß ihre Steuerpolitik nur das eine Ziel kennt, die Werktätigen immer mehr auszuplündern? Nein, eine Senkung der Lohnsteuer kann nur das Ergebnis des entschlossenen Kampfes der Werktätigen gegen diesen kapitalistischen Staat sein.

Eine wirkliche, eine grundsätzliche Änderung der Steuerpolitik des Staates aber wird sich nicht erreichen lassen, solange in diesem Staat die Kapitalistenklasse die Macht hat, solange der Staat ihr Instrument zur Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen ist. Der Traum vieler Werktätiger von einem Staat gänzlich ohne Steuerlasten für die Werktätigen kann erst durch den Sturz dieses kapitalistischen Staates Wirklichkeit werden, in einem Staat der Diktatur des Proletariats, in einem Staat ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen.

Rollei will Fabrik in Uelzen stillegen, S. 4



Dieses Werk in Uelzen soll stillgelegt werden, das bedeutet für 250 Kollegen Arbeitslosigkeit.

'Reforger 77'

Neue NATO-Grossmanöver geplant

12.000 amerikanische Soldaten werden in diesem Monat nach Westdeutschland eingeflogen, um im Rahmen des NATO-Großmanövers „Reforger 77" in ihre schon vorbereiteten Stellungen einzurücken. Gleichzeitig werden 48 Kampfflugzeuge vom Typ Phantom nonstop in die Bundesrepublik fliegen, um an einem anderen Manöver teilzunehmen. Wie das amerikanische Kriegsministerium mitteilte, dienen diese Übungen „der Erprobung der strategischen Mobilität der amerikanischen Truppen."

Das bedeutet: zusätzlich zu ihren Besatzertruppen in unserem Land, zusätzlich zu den Einheiten, die sie in mehreren europäischen Ländern stationiert haben, bauen die amerikanischen Imperialisten immer mehr ihren „Big Lift", ihre Luftbrücke aus, mit der sie in kürzester Zeit ihre Verbände in Mitteleuropa verstärken können. Aber es sind nicht nur die amerikanischen Soldaten die in diesem Herbst in der Bundesrepublik aufmarschieren. Allein in Niedersachsen sind für dieses Jahr 34 Großmanöver angekündigt wie zum Beispiel „Blue Fox" der belgischen und „Autumn Climax" der britischen NATO-Truppen.

Mehr als jemals zuvor wird Westdeutschland in diesem Jahr ein Tummelplatz, ein einziges großes Manövergebiet für Truppen aus allen Ländern des aggressiven, von den amerikanischen Imperialisten kontrollierten NATO-Blocks sein. Trotz aller Friedenstiraden aus Washington und Moskau: Niemand kann übersehen, daß die beiden Supermächte ihre Blöcke immer stärker aufrüsten, daß sie die beiden Teile Deutschlands immer mehr zum Aufmarschgebiet ihrer aggressiven Truppen machen. Die geplante Stationierung der amerikanischen Neutronenbombe auf dem Gebiet der Bundesrepublik hat deutlich gemacht, daß es dabei nicht darum geht, ein „Gleichgewicht der Kräfte" auszubalancieren, das angeblich den Frieden erhält und sichert, sondern daß die Stationierung immer neuer Truppen und immer neuer Waffen, ihre Erprobung in immer größeren Manövern blutiger Ernst ist, Vorbereitung auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg.

Zu diesem Zweck haben die westdeutschen Imperialisten und die amerikanischen Besatzer unser Land in ein wahres Pulverfaß verwandelt, wo an allen Ecken und Enden Atomwaffen eingebunkert, NATO-Brigaden stationiert, wo immer mehr Gelände von den militärischen Einrichtungen gefressen wird. Aber gerade

Fortsetzung auf Seite 2

Herne

17jähriger von der Polizei erschossen

„Der Beamte, er trug schwarze Handschuhe, ging mit einem elektrischen Schlagstock auf Rudolf los und fuchtelte ihm damit vor dem Gesicht herum. Danach zog er den Handschuh aus, steckte den Knüppel weg und hatte plötzlich die Pistole in der Hand. In dem Augenblick hob mein Bruder den Arm mit dem Messer über den Kopf, und dann fiel der Schuß. Der Polizist drehte sich um und ging lächelnd vom Hof." Diese erschütternde Schilderung gab der Bruder des 17jährigen Bauhilfsarbeiters Rudolf Pollaczek, nachdem dieser von einem Bochumer Polizisten aus nächster Nähe erschossen worden war.

Rudolf Pollaczek ist nicht das erste Opfer der Bochumer Polizei. Erst in der Nacht zuvor hatten Bochumer Polizeibeamte den 21jährigen Feinmechaniker Frank Reichenberg angeschossen und schwer verletzt. Erst am 2. Juli hatte die Bochumer Polizei den Fuhrunternehmer Gustav Schlichting erschossen. Im Herbst 1975 waren der Angestellte Günter Send und die Sportstudentin Ulla Viefhaus auf offener Straße niedergeschossen worden.

Immer hatten die Beamten angeblich in Notwehr gehandelt, waren sie angeblich bedroht worden und sahen ihr Leben in Gefahr. Und immer stellten sich diese Behauptungen später als Lügen heraus, die mit dem Zweck aufgestellt wurden, die Polizei weißzuwaschen.

So auch diesmal. In den ersten Meldungen der Bochumer Presse, die sich auf die Polizeiberichte stützten, war die Rede von einem „Messerstecher", der die Beamten bedroht habe, so daß ihnen praktisch keine andere Wahl geblieben sei, als zur Waffe zu greifen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß Rudolf Pollaczek zwar ein Messer in der Hand hatte, die Beamten aber nicht damit bedroht hat. Er ließ das Messer sogar mehrmals auf den Boden fallen, so daß inzwischen selbst die Bochumer Staatsanwaltschaft zugeben mußte, im Zentrum ihrer Ermittlungen stehe die Frage, ob die Beamten Rudolf Pollaczek nicht anders hätten überwältigen können.

„Wir klären die Dinge mit aller Intensität und Hartnäckigkeit. Das sind wir dem Rechtsstaat schuldig", erklärte der Bochumer Oberstaatsanwalt Engwitz nach dem Todesschuß auf Rudolf Pollaczek zynisch. Die Bochumer Werktätigen haben die „Intensität und Hartnäckigkeit" der Bochumer Polizei in der Vergangen-

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Bonn bildet südafrikanische Geheimagenten aus

Umfassende Militärhilfe für das Rassisten-Regime

Geheimagenten des südafrikanischen Rassisten-Regimes sind in der Deutschen Bundesrepublik ausgebildet worden. Das gab Alexander van Wyk, stellvertretender Leiter der südafrikanischen Staatsschutzbehörde BOSS, in einem Zeitungsinterview zu. Darüber hinaus unterhält Bonn in Südafrika Filialen der westdeutschen Geheimdienste. Van Wyk: „Hin und wieder setzt man sich zusammen und bespricht Fragen gemeinsamen Interesses."

Die Bonner Regierung ließ mit einem Dementi nicht auf sich warten. Sie hat noch immer alle militärischen Kontakte zum rassistischen Vorster-Regime geleugnet. Sie läßt im Gegenteil keine Gelegenheit aus, um sich bei den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern des südlichen Afrika als Freund und Partner anzubiedern. Schmidt nennt die Politik der Rassisten eine „eklatante Verletzung menschlicher Grundrechte". Genscher fordert eine Mehrheitsregierung in Südafrika, Bahr will „unzweideutig für die schwarze Mehrheit Partei ergreifen" usw. Die Bonner Imperialisten versuchen sich den Anschein zu geben, als läge ihnen nichts mehr am Herzen als das Schicksal der Völker im südlichen Afrika, als seien sie gemeinsam mit ihren amerikanischen Freunden ständig damit beschäftigt, auf das Vorster-Regime Druck auszuüben, um es zum Nachgeben gegenüber dem azanischen Volk zu zwingen.

Die afrikanischen Völker jedoch haben ihre Erfahrungen mit den westdeutschen Imperialisten gemacht. Sie sind nicht bereit, sich von ihren schönen Worten einlullen zu lassen. Zuletzt auf der OAU-Konferenz im Juli wurde Bonn als eine der wichtigsten militärischen Stützen des Vorster-Regimes angeprangert. 20% des importierten Rüstungsmaterials für den Ausbau des Militärapparats der Rassisten haben ihren Ursprung in Westdeutschland.

Um diese Tatsache zu vertuschen, rettet sich Bonn in die offene und unverschämte Lüge. Die Bundesregierung hat ein ganzes Memorandum mit solchen Lügen zusammengestellt und dem OAU-Generalsekretär zugestellt, um zu „beweisen", daß Südafrika nicht eine einzige Patrone aus der Bundesrepublik bezogen hat. Ein Beispiel: Niemals, so die Bundesregierung, habe es einen Export von Transall-Transportflugzeugen nach Südafrika gegeben, denn ein solcher Export sei verboten und auch in „keinem Fall durchgeführt worden". Tatsächlich aber ist schon im Geschäftsbericht vom 30. 4. 69 des Transall-Produzenten Vereinigte Flugzeugwerke (VFW) zu lesen: „Die erste Exportlieferung von neuen Flugzeugen einschließlich Ersatzteilen, Bodenausrüstung und Bevorratung erfolgt an die Südafrikanische Union. Aus politischen Gründen wurde dieser Auftrag über Frankreich abgeliefert."

Um die Spuren ihrer schmutzigen Waffengeschäfte mit den Rassisten zu verwischen, wickelten die Bonner Imperialisten auch den Verkauf ihrer Milan-Raketen über Frankreich ab. In anderen Fällen wurden die Waffen einfach zu Maschinen oder Ausrüstungen gemacht, wie bei Panzerwannen der Rüstungsfabrik Jung, die als „Bergwerksausrüstung" verschifft wurden. Noch dreistere Lügen tischte Bonn in seinem Memorandum über das Korvetten-Geschäft auf. Vorsters Militärattachés Bosmann und Hamman hatten über den Kauf dieser Kriegsschiffe mit der Hamburger Rüstungswerft Blohm und Voss verhandelt. Die Korvetten wurden schließlich über Portugal an die Rassisten geliefert. Die Bundesregierung aber schreibt in ihrem Memorandum für die OAU, sie seien nach Spanien gegangen.

Genauso unverschämt versucht Bonn die afrikanischen Völker auch über die Wirtschaftsbeziehungen zu den Rassisten zu belügen. So erzählte Bahr kürzlich, daß die Hermes-Garantien, mit denen Bonn die Investitionen der westdeutschen Monopole in Südafrika absichert, „praktisch nicht mehr in Anspruch genommen werden". Tatsächlich aber wurden diese Garantien, mit denen aus Steuergeldern etwaige Verluste der Monopole abgedeckt werden, in den letzten 18 Monaten von 656 Millionen auf 2,7 Milliarden erhöht.

Diese Tatsachen zeigen: Die faulen Dementis aus Bonn sind genauso wenig wert wie die heuchlerischen Bekundungen der Solidarität mit den afrikanischen Völkern. Die westdeutschen Imperialisten haben niemals auch nur im Traum daran gedacht, sich aus Südafrika zurückzuziehen, wo sie vier Milliarden Mark investiert haben, wo sie in den über 400 Niederlassungen ihrer Konzerne die billige schwarze Arbeitskraft ausbeuten. Und wer ist es denn, der ihnen ihre Superprofite garantiert, der die schwarzen Arbeiter entrechtet hat und blutig unterdrückt? Das ist das rassistische Vorster-Regime. Und um ihre Profite zu sichern, rüsten die westdeutschen Imperialisten den Militär- und Polizeiapparat dieses Regimes aus, kümmern sich um die Ausbildung seiner Geheimagenten usw.

In ihrer Profitgier gehen die Bonner Imperialisten genauso kaltblütig über Leichen wie die amerikanischen oder die russischen. Die afrikanischen Völker dürfen diesen Räubern, die in der Maske von „Partnern" daherkommen, genauso wenig trauen wie den Supermächten. Sie müssen ihnen entschieden den Kampf ansagen, denn der Weg zu ihrer wirklichen Befreiung führt über die Vertreibung aller Imperialisten, auch der westdeutschen.

Kursverfall des Dollar

Eine chronische Krankheit

Der Dollar, die Leitwährung des kapitalistischen Währungssystems, rutscht immer tiefer in den Abgrund der Krise. Am 20. Juli hatte der Kurs des Dollar gegenüber den anderen Währungen einen Rekordtiefstand erreicht. An diesem Tag wurde ein Dollar für 2,25 DM gehandelt. Der rapide Kursverfall des Dollar, der das ganze kapitalistische Währungs- und Finanzsystem in Unruhe versetzt hat, ist eine direkte Folge der Vertiefung der Krise in den USA und der übrigen kapitalistischen Welt.

So wurde z. B. in diesen Tagen bekannt, daß die Handelsbilanz der USA ebenfalls mit einem Rekorddefizit abgeschlossen hat. Auch der neue Haushalt, den Carter kürzlich vorgestellt hat, weist ein riesiges Loch auf. Sein Defizit beläuft sich auf 70 Milliarden Dollar. Trotz der angeblich antiinflationistischen Maßnahmen der Regierung Carter klettert die Inflationsrate weiter in die Höhe.

Eine wesentliche Rolle bei der Vertiefung der Krise der amerikanischen Wirtschaft spielen auch die enormen, von Jahr zu Jahr gesteigerten Rüstungsausgaben. Die Militarisierung der Wirtschaft, die von den Werktätigen bezahlt wird, bürdet ihnen nicht nur große Lasten auf, durch die Steigerung der unproduktiven Ausgaben für Rüstungszwecke vergrößert sich auch das Mißverhältnis zwischen den Produktionsmöglichkeiten und den sinkenden kaufkräftigen Nachfrage der Werktätigen.

Mit anderen Worten: Der Kursverfall des Dollar ist keine vorübergehende Krankheit, sondern eine chronische Erscheinung, die die Ohnmacht der kapitalistischen Regierung beweist, die Krise zu heilen und ihre Zuspitzung aufzuhalten.

Es liegt auf der Hand, daß die amerikanischen Imperialisten die Folgen des Kursverfalls des Dollar auf ihre imperialistischen Verbündeten abwälzen wollen. Wie die Kommentare der bürgerlichen Presse bei uns zeigen, vertiefen sich dadurch auch die Widersprüche zwischen dem amerikanischen Imperialismus und den westeuropäischen Imperialisten.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß all dies zu neuen Erschütterungen der Wirtschaft und der Währungen der kapitalistischen Welt führen wird.

Die Leidtragenden werden auch diesmal die Werktätigen sein. Denn wie immer werden sich die Imperialisten auch diesmal bemühen, die Lasten der Krise auf ihren Rücken abzuwälzen. Das zeigen in aller Deutlichkeit die volksfeindlichen Programme, die in letzter Zeit von den Regierungen in Frankreich und Italien beschlossen worden sind. Durch Preiserhöhungen und die Senkung der Reallöhne, durch Steuererhöhungen und andere Formen der Ausplünderung werden die Imperialisten die Werktätigen für den Verfall des Dollar zahlen lassen.

Neue NATO-Großmanöver geplant

Fortsetzung von Seite 1

dagegen entwickelt sich zunehmend der Widerstand der Bevölkerung, vor allem der Bauern, die es nicht hinnehmen wollen, daß Panzer ihre Felder zerpflügen und ihre Saaten von Militärstiefeln zertrampelt werden. So haben jetzt niedersächsische Bauern gegen die Herbstmanöver „Blue Fox" und „Autumn Climax" protestiert und darauf hingewiesen, daß diese Manöver gerade zur Zeit der Herbstbestellung übers Land rollen. Viele dieser Bauern haben es im letzten Jahr erlebt, wie ihre mühevolle Arbeit durch den Manöver-Terror zunichte gemacht wurde, wie sie dann von Bonn um eine ausreichende Entschädigung für ihre Flurschäden betrogen wurden.

Aber es sind nicht nur die Manöver, es ist auch die mit der Stationierung der Bundeswehr- und NATO-Truppen verbundene Schikanierung der Werktätigen, gegen die sich zunehmend der Widerstand entwickelt. So unterschrieben 120 Einwohner des Heide-Dorfes Soderstorf eine Protestresolution gegen den unerträglichen Lärm, den Panzer und tieffliegende Hubschrauber immer wieder erzeugten. In Fürth, wo amerikanische Panzer rücksichtslos durch die Wohnviertel jagten, blockierten Kollegen die Einfahrt zur Kaserne mit ihren Autos.

Auch während der angekündigten Herbstmanöver gilt es, den Verwüstungen, der Belästigung durch Lärm usw. entschieden und militant entgegenzutreten.

Kurz berichtet

OBEROHE

In Oberohe, in der Lüneburger Heide, findet in der Zeit vom 13. 7. bis zum 14. 8. ein Zeltlager der Roten Garde statt, das nach dem im Kampf für die Befreiung seiner Heimat gefallenen albanischen Kommunisten Qemal Stafa benannt ist.

Die Genossen haben in Oberohe und den umliegenden Dörfern ein Flugblatt verteilt, in dem die Rote Garde und ihr Lager vorgestellt werden und in dem die Werktätigen eingeladen werden, einen Lagerabend zu besuchen. Dieser Abend soll ihnen die Möglichkeit geben, mit den Rotgardisten zu diskutieren. Außerdem soll gesungen und getanzt werden, die Genossen werden auch Geschichten und Gedichte vortragen.

TÜBINGEN

Genossen aus Tübingen berichten von einem Ausflug, den sie unternahmen, um Volker Nieber und zwei weitere Genossen zu verabschieden, die in anderen Städten Arbeit gefunden haben. Sie schreiben: „Mit 28 Genossen und Freunden fuhren wir in Richtung Rothenburg durch die schöne Landschaft des Murrhardter und Mainhardter Waldes. Ein Genosse erzählte uns vom Bauernkrieg, der gerade in dieser Gegend zu großen Auseinandersetzungen geführt hat. Ziel der nächsten Etappe war Creglingen. Dort wollten wir uns den Marienaltar Riemenschneiders anschauen. Ein Genosse bereitete uns schon im Bus ausführlich darauf vor, indem er uns über die Person Riemenschneiders berichtete, eines Würzburger Bildhauers zur Zeit der Bauernkriege, der sich in deren Verlauf auf die Seite der Bauern und gegen den Bischof gestellt hatte und dafür später schwer gefoltert wurde."

HAMBURG

Ein „Arbeitstreffen zur revolutionären Kunst und Kultur" fand am 23. Juli in Hamburg statt. Der Spielmannszug, der Agitprop-Trupp „Rotes Sprachrohr" und die Volkstanzgruppe berichteten über die Entwicklung ihrer Arbeit. Sie stellten einige Beispiele aus ihrem Programm vor und diskutierten darüber mit den anwesenden Freunden und Genossen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage des Herankommens an die Massen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die revolutionäre Agitation oft noch schematisch ist und nicht lebendig genug die Linie der Partei darstellt.

Ein gutes Beispiel brachte der Agitprop-Trupp, der am selben Tag bei einem von der Baugesellschaft Saga im Neubau-Viertel Steilshoop veranstalteten Volksfest mit einem Stück aufgetreten war, in dem gegen die offizielle Propaganda die wirkliche Lage der Bewohner dieses Viertels dargestellt wurde.

BERICHTIGUNG

Auf der Seite „Juli im Bild" im RM 30/77 wurde in einer Bildunterschrift fälschlich von der „geplanten Auflösung" des Bundesbahnausbesserungswerks in Neumünster berichtet. Richtig ist: In dem Werk werden Umsetzungen von mehreren hundert Kollegen vorgenommen.

Offen gesagt ...

Zweierlei Maß

7 Jahre Gefängnis wegen „Totschlag, begangen in einem Zustand stark verminderter Zurechnungsfähigkeit". So lautete das Urteil gegen die Filmschauspielerin Ingrid van Bergen. Ein widerlicher Rummel war um den Prozeß veranstaltet worden. Hauptdarstellerin: die Angeklagte in der Rolle der Büßerin, in Szene gesetzt von dem Star- und Sumpfanwalt Bossi. Genüßlich breitete die bürgerliche Presse den Sumpf des bürgerlichen Schmarotzermilieus aus, der den Hintergrund der Tat bildete. Und natürlich die „Bild"zeitung tat sich in der Sensationsmache wieder am meisten hervor. „Bild" war — wie immer — voll dabei. „Bild" wußte um „tragische Leidenschaft" und „menschliche Verstrickung", um die „Seelenqualen" der Schauspielerin. Und „Bild" warb auch um Verständnis für ihre Tat.

Vor dem Gesetz sind alle gleich? Dieser Prozeß und das Spektakel, das die Massenmedien um ihn veranstalteten, zeigte einmal mehr die Verlogenheit dieser Phrase, die einen der Kernpunkte in der Verfassung des Bonner Staates ausmacht. Kann sich ein Werktätiger etwa einen Anwalt wie Bossi leisten? Wer nicht entsprechend Geld auf den Tisch legen kann, der wird ohne viel Aufhebens verurteilt. Da tritt dann auch nicht, wie bei Ingrid van Bergen, ein halbes Dutzend Haupt- und Nebengutachter in Aktion. Da wird man auch nicht vier Wochen in den Münchner Universitätskliniken auf seelische Gebrechen hin untersucht und getestet.

Wenn ein Werktätiger angeklagt ist, hat er also von vornherein nicht die gleichen Chancen. Und er kann auch nicht auf soviel Verständnis und Einfühlungsvermögen von seiten des Gerichts rechnen, wie Ingrid van Bergen. Ihr bescheinigte der Richter, sie habe aus der ihr zugefügten Demütigung und aus Verzweiflung in einem Affektzustand geschossen und sie habe nicht aus niedrigen Motiven gehandelt.

Steht jedoch ein armer Teufel vor Gericht, dann wird zynisch ignoriert, unter welchen Umständen die Tat geschah, durch welchen sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund sie begünstigt wurde. Da fragen die Herren Richter und Staatsanwälte auch nicht danach, ob durch die verhängte Strafe ein Mensch zerbrochen, was aus den Kindern oder Angehörigen wird usw.

Der Zufall wollte es, daß gleichzeitig mit Ingrid van Bergen eine Arbeiterin wegen einer ähnlichen Tat im gleichen Gefängnis saß. Sie hatte ihren Mann erschossen, der sie jahrelang betrogen, gequält und ausgenutzt hatte. Sie jedoch sollte nicht wegen Totschlag, sondern wegen Mord vor Gericht gestellt werden. Natürlich konnte sie sich keinen teuren Anwalt leisten. Auch die Presse kümmerte sich nicht um ihren Fall. Und der Gerichtsarzt, der sie untersuchte, kam zu dem Schluß, daß bei ihr keine seelischen Konflikte bestünden, die eine Untersuchung in einer Psychiatrischen Klinik erfordert hätten. Ihr Prozeß fand jedoch nicht statt. Die verzweifelte Frau erhängte sich vorher in der Zelle. Jetzt kam ihr Fall nur deshalb in die Zeitung, weil die Illustrierte „Stern" ihn in ihre Story über den Ingrid van Bergen-Prozeß einbaute, um sie dadurch zugkräftiger zu machen.

Gerechtigkeit kann es in einer Gesellschaft, in der eine Ausbeuterklasse herrscht, nicht geben. Die bürgerliche Justiz ist eine Klassenjustiz, die das werktätige Volk mit Füßen tritt. Deshalb genießen dieser Staat und diese Justiz auch nicht die Achtung des werktätigen Volkes. Vielmehr wächst unter den werktätigen Massen der Klassenhaß gegen diesen Ausbeuterstaat und seine volksfeindliche Justiz. Eines Tages wird die Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution diesen reaktionären Staatsapparat zerschlagen und einen revolutionären Staat errichten, in dem es wirklich Gerechtigkeit gibt.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Albanien - immer an der Seite der revolutionären Völker

Vor kurzem erschien in Albanien der 24. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. „Zëri i Popullit", das Zentralorgan der PAA geht in einem Artikel zu diesem Band auf den Kampf ein, den die PAA gegen die verschiedenen revisionistischen Theorien geführt hat und führt, mit denen die modernen Revisionisten den revolutionären Befreiungskampf der Völker sabotieren wollen. In dem Artikel, der am 3. 7. 77 in Radio Tirana gesendet wurde, heißt es:

„So versuchten z. B. die Revisionisten, die die marxistisch-leninistische Auffassung von der friedlichen Koexistenz entstellten, diese entstellte Auffassung der gesamten revolutionären und Befreiungsbewegung der Welt als Generallinie aufzuzwingen. Sie predigten, die friedliche Koexistenz würde angeblich die Befreiung der kolonialen und halbkolonialen Völker mit sich bringen. Die Abrüstung bezeichneten sie als wichtigsten Faktor für die Befreiung der Kolonialvölker. Sie behaupteten, daß auch die imperialistischen Aggressoren zur Abrüstung bereit seien, daß den unterdrückten Völkern nicht nur die Unabhängigkeit geschenkt würde, sondern daß der Imperialismus sie auch auf dem Weg ihres Fortschritts unterstützen würde usw. usf.

Die revisionistische Propaganda überging mit Stillschweigen den Befreiungskampf der Völker, die Stärke und die Rolle der Volksmassen, die Ermutigung und Unterstützung, die dieser Befreiungskampf benötigte. Den Revisionisten zufolge hängen die Geschicke der Völker von den ‚großen Männern', von ihrer Klugheit und ihrer Vernunft ab und alles werde durch Treffen und Verhandlungen in völliger Eintracht gelöst werden. Um diese Eintracht möglichst gut zu verwirklichen, wurde sogar beschlossen, eine direkte Telefonverbindung zwischen Chruschtschow und Kennedy herzustellen, diesen zwei Staatsmännern, in deren Händen angeblich das Schicksal der Menschheit liege. ‚Das war es also, um was sich Nikita Chruschtschow wirklich sorgte!' schreibt Genosse Enver Hoxha.

Ihrem Inhalt nach verschleierten all diese Thesen und Einstellungen der modernen Revisionisten, wie die PAA und Genosse Enver Hoxha bereits schon früher unterstrichen hatten, das Wesen, die Natur und die Ziele des imperialistischen Systems, die wahren Ursachen der aggressiven Politik der Imperialisten, in der Absicht, die Bestrebungen der Völker nach nationaler und sozialer Befreiung zu entmutigen und zu lähmen und sie zu zwingen, auf ihren revolutionären und Befreiungskampf zu verzichten. Sie sind nicht nur ein Beweis für die verächtliche Haltung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und die Haltung von jemandem, der sie sabotiert, sondern auch für die aktive konterrevolutionäre Haltung, um diese Bewegungen niederzuhalten.

Die Chruschtschow-Revisionisten ließen, ebenso wie die jugoslawischen Revisionisten vor ihnen mit ihrer These der angeblich ‚blockfreien Länder', das Klassenkriterium bei der Einschätzung der verschiedenen Regierungen und Staaten fallen. Während also Chruschtschow darauf hinarbeitete, die kommunistischen Parteien in den einstigen Kolonien und Halbkolonien zu spalten und zu liquidieren, gab er andererseits der herrschenden Bourgeoisie, den Henkern der Kommunisten, beachtliche Wirtschaftshilfe. Mit dem Ziel, Verwirrung unter den freiheitsliebenden Völkern zu stiften und die werktätigen Massen vom revolutionären Kampf abzubringen, propagierten die Chruschtschow-Revisionisten großspurig, man könne zum Sozialismus auch unter der Führung nichtproletarischer Parteien gelangen und sogar solche Länder wie Indien, wo die reaktionäre Bourgeoisie herrschte, würden den Sozialismus aufbauen usw. usf.

Der weitere Verlauf der Ereignisse bestätigte, daß die Thesen der Chruschtschow-Revisionisten, die gegen die nationalen Befreiungsbewegungen gerichtet waren, unter anderem auch das Ziel verfolgten, die Umwandlung der Sowjetunion in einen imperialistischen Staat zu verschleiern und die neokolonialistische Großmachtpolitik der Sowjetunion anderen Ländern gegenüber zu rechtfertigen.

Im 24. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha, heißt es in ‚Zëri i Popullit' ferner, ist ein beachtlicher Platz auch der nationalen Befreiungsbewegung der Völker gegen die imperialistische Unterdrükkung für Freiheit und nationale Unabhängigkeit eingeräumt. Sie wird als eine der großen revolutionären Bewegungen unserer Epoche bezeichnet, die die Stellungen des Imperialismus untergräbt und seine Herrschaftssphäre schwächt und einengt. Als Ergebnis ihrer langwierigen Kämpfe mit der Waffe in der Hand hatten mehrere koloniale oder halbkoloniale Länder ihre nationale Unabhängigkeit errungen. **‚Aber im Gegensatz zu den Auffassungen der modernen Revisionisten'**, schreibt Genosse Enver Hoxha, **‚ist unsere Partei der Ansicht, daß das Kolonialsystem des Imperialismus noch nicht beseitigt ist und daß die Imperialisten, mit denen der USA an der Spitze, alle Anstrengungen unternehmen, wobei sie auch vor offenen Kriegen und Aggressionen nicht zurückscheuen, um ihre Stellungen zu wahren und um in neuen Formen ihre koloniale Ausbeutung und Unterdrückung wiederzuerrichten.'** Die Tatsachen zeigen, daß auch nach dem Verschwinden der klassischen Kolonialimperien, die imperialistische Expansion, Ausbeutung und Unterdrückung weit davon entfernt, verschwunden zu sein, sich im Gegenteil durch raffiniertere Formen des Neokolonialismus noch mehr verstärkt haben. Außerdem verstärkte die Umwandlung der Sowjetunion in einen sozialimperialistischen und neokolonialistischen Staat die Ausbeutung und Unterdrückung der anderen Völker noch mehr. Daher existiert, solange Imperialismus und Sozialimperialismus mit ihrer unveränderlich expansionistischen, aggressiven und neokolonialistischen Politik gegenüber anderen Ländern bestehen werden, auch die objektive Grundlage für die Befreiungskämpfe der freiheitsliebenden Völker, für den Sieg und die Sicherung der vollständigen und wirksamen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit ihrer Länder.

Gleichzeitig erfordern es die Interessen der wahren Befreiung, daß dieser Kampf sowohl gegen die beiden wildesten Feinde der Völker, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die zahlreiche Länder beherrschen und die größte Kraft zur Verteidigung der Ausbeuter- und Unterdrückersysteme darstellen, als auch gegen die einheimische Reaktion der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, die als soziale Basis, als Brückenkopf der imperialistischen Fremdherrschaft fungieren und für sie die Peitsche schwingen und die Kastanien aus dem Feuer holen, mit gleicher Schärfte gerichtet wird.

Die Völker sind sich darüber im klaren, daß die reaktionäre einheimische Bourgeoisie, die durch zahlreiche wirtschaftliche, politische und ideologische Fäden mit dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus verbunden ist, daß die proimperialistischen und volksfeindlichen Marionettencliquen, wie die von Pinochet in Chile, von Suharto in Indonesien oder die Clique Brasiliens, die reaktionären Regime, die in Indien, Saudi-Arabien oder im Iran und in vielen anderen Ländern herrschen, niemals Verteidiger der nationalen Interessen und der Unabhängigkeit des Landes sein können. Diese Regime, die an den Rockschößen des Imperialismus hängen, können nicht zusammen mit den breiten werktätigen Massen gegen die Hegemoniepolitik der einen oder der anderen Supermacht kämpfen. Das enge Bündnis des internationalen Imperialismus mit der einheimischen Reaktion lehrt die Völker, daß sie an einer Front gegen diese ihre gemeinsamen Feinde kämpfen müssen.

In ihrem Befreiungskampf stoßen die Völker auch auf die expansionistischen und neokolonialistischen Absichten der anderen imperialistischen Mächte, die ihnen viel Leid und großes Elend zugefügt haben und sich jetzt bemühen, in ihre alten Positionen zurückzukehren. Diese imperialistischen Mächte bedienen sich ebenso wie die beiden Supermächte aller Mittel zur Ausbeutung der einstigen Kolonien. Zusammengeschlossen in solchen imperialistischen Organisationen wie der EWG oder dem RGW, der NATO oder dem Warschauer Pakt, die Instrumente der Politik der Supermächte sind, vertreten diese Mächte eine Art kollektiven Neokolonialismus auf Kosten der verschiedenen Völker.

Nicht Allianz und Zusammenarbeit mit diesen oder jenen imperialistischen Mächten und mit den proimperialistischen reaktionären Regimen an der Macht, sondern entschlossener Kampf der freiheitsliebenden Völker, der revolutionären und patriotischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, das ist der einzige Weg, um die wahre nationale und soziale Befreiung zu erreichen.

In den Artikeln, Gesprächen und Reden des Genossen Enver Hoxha, die in diesem Band zusammengefaßt sind, heißt es ferner in der Zeitung ‚Zëri i Popullit', wird mit marxistisch-leninistischen Argumenten die Erfahrung Albaniens und die internationale Erfahrung im Zusammenhang mit der Frage der Rolle des Proletariats als Hegemon, mit seiner Vorhut, der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei an der Spitze verallgemeinert. Von dieser Rolle hängt nicht nur das Geschick der sozialistischen Revolution, sondern auch die Richtung und konsequente und restlose Durchführung der demokratischen und nationalen Befreiungsrevolution ab.

Die modernen Revisionisten haben die kommunistischen Parteien mehrerer afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Länder, in denen der nationale Befreiungskampf geführt wurde, dazu getrieben, die politische und kämpferische Organisierung des Proletariats und der Bauernschaft aufzugeben. Sie haben ihnen die Taktik der Klassenversöhnung und des Klassenkompromisses empfohlen. Mehrere Parteien, die den revisionistischen Weg einschlugen, verzichteten auf den revolutionären Kampf und wurden so von den unbarmherzigen Geschossen der Reaktion überrumpelt, sie entarteten und wurden zerstört. Im Zusammenhang mit all diesen wichtigen Fragen unterstreicht Genosse Enver Hoxha: **‚Unsere Partei ist der Ansicht, wenn bei einer jeden Partei und bei einem jeden Kommunisten Klarheit über die wichtigsten Prinzipien des Marxismus-Leninismus besteht, über die Frage der Gründung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse und ihrer Vorhutrolle, über die Frage des Bündnisses mit der Bauernschaft und den Zusammenschluß der fortschrittlichen Kräfte in dieses Bündnis, über die Frage der Diktatur des Proletariats und des revolutionären Kampfes, dann treten auch sämtliche Manöver des Imperialismus und der Feinde des Sozialismus sonnenklar zutage, und die kommunistischen Parteien werden es verstehen, eine richtige Taktik zu bestimmen, anzuwenden und den Sieg davonzutragen.'**

In mehreren Schriften des Genossen Enver Hoxha wird die unvermeidliche Tendenz der Verstärkung der antiimperialistischen, revolutionären und Befreiungsbewegungen als ein Gesetz und unaufhaltsamer Kurs der Geschichte unterstrichen. Tatsache ist, daß gegenwärtig die revolutionären Bewegungen und die Befreiungskämpfe der Völker nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Steigerung aufweisen. Vor den demokratischen und Befreiungsbewegungen erschließen sich neue Perspektiven auf dem Weg ihrer weiteren Entwicklung. Die PAA, die die opportunistischen und revisionistischen Ansichten zurückgewiesen hat, hat stets die große Rolle des nationalen Befreiungskampfes, den die unterdrückten Völker gegen den Imperialismus führen, hoch gewürdigt und ihn als natürlichen Verbündeten und wirksame Reserve der proletarischen Weltrevolution betrachtet. **‚Unsere Partei und unser Volk'**, schreibt Genosse Enver Hoxha, **‚sind mit den nationalen Befreiungskämpfen der Völker und werden es stets sein, mit dem Weg der Revolution als einzig sicheren Weg, um die Freiheit zu erringen und das neue, sozialistische Leben aufzubauen."**

Auf dem 7. Parteitag der PAA wurde erneut und nachdrücklich unterstrichen, daß die PAA und das albanische Volk, die konsequent an ihrer marxistisch-leninistischen Linie festhalten, gegen die beiden Supermächte, gegen den imperialistischen Raubkrieg, gegen die Monopolbourgeoisie und die Weltreaktion waren und sind. **‚Daher werden sie auch in Zukunft'**, betonte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, **‚ihre Kräfte nicht schonen und gemeinsam mit den anderen antiimperialistischen und antisozialimperialistischen Völkern, zusammen mit allen marxistisch-leninistischen Parteien, allen Revolutionären und dem Weltproletariat, mit allen fortschrittlichen Menschen dafür kämpfen, daß die Pläne und Manöver der Feinde scheitern und die Sache der Freiheit und der Sicherheit der Völker triumphiert.'"***

*) Bericht an den 7. Parteitag, S. 199.

Krise der kapitalistischen Wirtschaft der SU

Anarchie und Chaos

In der Sowjetunion zeigen sich auf allen Gebieten der Wirtschaft immer deutlicher alle Erscheinungen einer tiefen Krise. Ihre Ursache ist die Wiederherstellung des Kapitalismus, die Ausbeuterherrschaft einer Monopolbourgeoisie neuen Typs, die die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hat.

Eines der Merkmale der Krise ist der immer stärkere Produktionsrückgang in allen Wirtschaftszweigen. So ging die Produktion im industriellen Sektor der Wirtschaft der Sowjetunion im vergangenen Jahr um 30 Mrd. Rubel zurück. Selbst die sowjetische Zeitung „Trud" mußte vor kurzem einen Produktionsrückgang von 739 t bei der Erdölförderung zugeben. Auch in der Stahlproduktion, der Produktion von Gußeisen, auf dem Gebiet der Schwarzmetallurgie und in der Zementproduktion hat es einen erheblichen Produktionsrückgang gegeben. Ein schneller Produktionsrückgang ist besonders für die Leichtindustrie der Sowjetunion charakteristisch, die direkt der Erfüllung der Lebensbedürfnisse der breiten werktätigen Massen dient. Auf dem sowjetischen Markt herrscht ein erheblicher Mangel an Textilien, Schuhen und Lebensmitteln.

Die tiefe Krise in der Wirtschaft der Sowjetunion nimmt auch deshalb immer bedrohlichere Ausmaße an, weil die sowjetische Industrie immer mehr auf die Bereiche der Aufrüstung gelenkt wird. Während die Produktion in der Industrie insgesamt zurückgeht, verstärken die sowjetischen Sozialimperialisten die Rüstungsindustrie erheblich. Der Rüstungsetat der Sowjetunion macht heute 35% des Staatshaushaltes aus. Etwa 60% der sowjetischen Betriebe und 3,5 Millionen Werktätige arbeiten direkt oder indirekt für die Rüstungsindustrie. Allein 20% des sowjetischen Maschinenbaus dienen Rüstungszwecken.

Die Wirtschaftskrise, in der die Sowjetunion steckt, verschärft die Klassenwidersprüche innerhalb des Landes erheblich.

Denn es sind in erster Linie die breiten werktätigen Massen, die die Folgen der Krise zu tragen haben. Sie leiden unter der mangelhaften Versorgung des Marktes mit den Gütern des täglichen Bedarfs und den Preiserhöhungen, die allein im ersten Halbjahr 1977 dreimal vorgenommen wurden. Sie haben die Folgen der steigenden Inflationsrate und des wachsenden Defizits in der Handelsbilanz zu tragen. Sie können sich für ihren Lohn immer weniger Konsumgüter kaufen.

Das ist die bittere Realität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion. Das ist der Sumpf, in den diese Wirtschaft durch die Revisionistenclique Breschnews geführt worden ist.

Für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der Sowjetunion gibt es keinen anderen Ausweg aus ihrer Lage als den des entschlossenen Kampfes gegen die Ausbeuterklasse, einen Kampf mit dem Ziel der proletarischen Revolution und der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

(Nach einer Sendung von Radio Tirana).

Revisionisten über den Hitlerfilm

Wertvoll für Kenner?

Bei allen fortschrittlichen Menschen hat der Film Joachim Fests „Hitler — eine Karriere", in dem unter dem Deckmantel dokumentarischer Berichterstattung der Hitlerfaschismus verherrlicht wird, Empörung hervorgerufen. Der Bonner Korrespondent der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy" nimmt dagegen einen ganz anderen Standpunkt ein. Dieser revisionistische Schreiberling macht sich zum unverhohlenen Verteidiger des faschistischen Machwerks Fests.

Hören wir, was er schreibt:

„Der Film Fests und Herrendörfers ist vielleicht wertvoll für Kenner, die die neueste Geschichte genau und mit allen Aspekten kennen. Aber nicht für Millionen, deren Verhältnis zur eigenen, zweifellos schmerzhaften Vergangenheit Nostalgie oder erschütterndes Unwissen charakterisiert."

Was für eine Infamie!

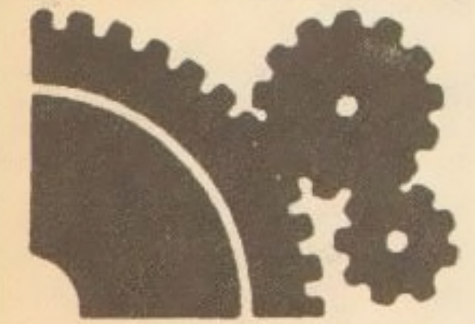
Der revisionistische Schreiberling wagt es nicht direkt den Film Fests in den Himmel zu heben. Geschickt versucht er die Neugier anzuheizen, indem er ihn den „Kennern" empfiehlt. Unverschämt diffamiert und beschimpft er die werktätigen Massen, die angeblich zu dumm sind, das Wesen des Hitlerfaschismus zu begreifen. Angeblich, so behauptet doch der Korrespondent der „Zycie Warszawy", könnten die Werktätigen den tieferen Gehalt des Films von Fest nicht begreifen. Womit er andeuten will, daß dieser Film, wenn man ihn nur oberflächlich betrachtet, als faschistische Propaganda erscheinen könnte, wenn man aber in die Tiefe geht, sähe die Sache anders aus.

Im Klartext: Hier wird der Versuch gemacht, einem faschistischen Machwerk einen antifaschistischen Anstrich zu geben. Hier wird der Versuch gemacht, die reaktionären Thesen Fests über den Faschismus zu verteidigen!

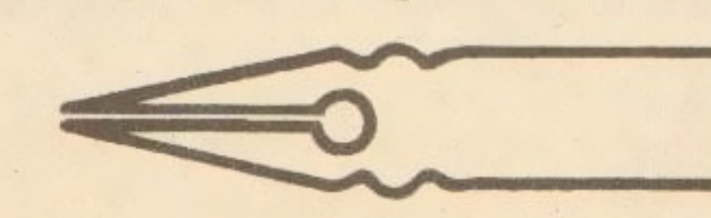
Und in der Tat. Ist es nicht so, daß die revisionistischen Theorien und die eines Fest die gleiche Grundlage haben? Leugnen nicht auch die modernen Revisionisten, daß der Faschismus als offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals eine besondere Form der Diktatur der Bourgeoisie ist, zu der sie im Imperialismus greift, um den revolutionären Ansturm der Massen brutal niederzuschlagen? Haben sie nicht die Theorie vom „Rechtskartell" erfunden, die die Kapitalisten in „gute" und „böse" einteilt, um zu vertuschen, daß die Gefahr des Faschismus letztlich nur durch die Revolution beseitigt werden kann? Es ist deshalb überhaupt nicht verwunderlich, wenn sich der Korrespondent der „Zycie Warszawy" zum Fürsprecher Fests macht.

Wir möchten allerdings nur hoffen, daß dieser Herr, wenn er sich als „Kenner" der genußvollen Betrachtung des faschistischen Machwerks Fests hingibt, die Empörung der westdeutschen Werktätigen über diesen Film handgreiflich zu spüren bekommt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

4 Mann marschieren zum Lohnbüro

Ich arbeite in einer kleineren Abteilung in einem größeren Betrieb Stuttgarts. Für die Abteilung gibt es einen 3wöchigen Zwangsurlaub. Die Geschäftsleitung begründet den Zwangsurlaub damit, daß zur Überholung der Maschinen der Betrieb ruhen muß. Der reaktionäre Betriebsrat hat seinen Segen dazu gegeben, obwohl unsere Forderung war, daß wir unseren Jahresurlaub nehmen, wann es uns paßt.

Die Empörung der Kollegen steigerte sich, als sie die Bankauszüge vom Urlaubsvorschuß erhielten. Die Geschäftsleitung hat bei uns die Regelung eingeführt, daß man vom Urlaubsgeld, das erst später abgerechnet wird, einen Vorschuß bekommen kann. Der Meister war dann herumgelaufen und hatte jeden gefragt, wieviel er braucht. Statt der geforderten Summe erhielten die meisten Kollegen bedeutend weniger: Die Geschäftsleitung hatte die Steuern und andere Abzüge vom Vorschuß abziehen lassen. Ein türkischer Kollege, der jetzt 6 Wochen nach Hause fährt, bekam statt 4.000 nur 2.850 DM.

Um 9 Uhr im Vesperraum, wo alle Kollegen der Abteilung zusammen sind, diskutierten wir über die Kürzung des Vorschusses. Die ausländischen Kollegen stellten fest, daß sie für den Urlaub unbedingt den geforderten Vorschuß brauchen. So kostet z. B. die Hin- und Rückfahrkarte für die türkischen Kollegen knapp 500 DM, außerdem wollen sie ihren Angehörigen natürlich einige Geschenke mitbringen und für die 4 oder 5 Wochen Urlaub braucht man auch Geld. Hinzu kommt noch, daß der Junilohn erst im Urlaub überwiesen wird, wenn die Kollegen schon in ihren Heimatländern sind.

Ich schlug vor, zusammen zum Lohnbüro zu marschieren. Weil sie nicht so gut Deutsch sprechen und ich ihren Kampf gegen den Zwangsurlaub ziemlich unterstützt hatte, meinten sie, ich solle mit ihnen gehen. Um Viertel vor zwölf meldeten wir uns beim Meister ab. Einige trauten sich inzwischen nicht mehr richtig.

Beim Lohnbüro ließ man uns zunächst warten. Als unsere Unterhaltung über das „angenehme Arbeitsklima ohne Schwitzen und Höllenlärm" hier oben etwas lauter wurde, wurde schließlich das Fensterchen geöffnet.

Ich trug unser gemeinsames Anliegen vor, die anderen standen hinter mir, außerdem erklärten wir, daß einige andere der Abteilung ebenfalls nicht mit dem ausgezahlten Vorschuß einverstanden sind. Nachdem der Herr uns erklärte, wieviel „Mehrarbeit" wir ihm bereiten würden, erklärte er sich dann bereit, auf den Junilohn ebenfalls einen größeren Vorschuß zu bezahlen. Nach der Mittagspause lief dann gleich der Meister herum und fragte die Kollegen, wieviel Lohnvorschuß sie wollen.

Für die kleine Abteilung, wo bisher jeder allein versucht hatte, sich zu wehren, war diese kleine Aktion ein Fortschritt. Wir freuten uns nicht nur über das Geld, sondern auch, weil wir durch unseren gemeinsamen Marsch zum Lohnbüro die Forderung durchgesetzt hatten.

Rot Front! Ein Genosse aus Stuttgart

„Arbeitskräftemangel"

Liebe Genossen,

vor kurzem besuchte ich einen Kollegen, den ich während meiner Lehre im Betrieb kennengelernt hatte. Der Kollege ist jetzt 65 und hatte sich vor 2 Jahren pensionieren lassen. Damals war er froh, aufhören zu können und freute sich auf seinen wohlverdienten Ruhestand.

Das erste, was er mir bei meinem Besuch erzählte, war folgendes: Wenige Tage zuvor war sein ehemaliger Meister dagewesen und hatte versucht, ihn zur Arbeit anzuheuern, d. h. wieder in den Betrieb arbeiten zu gehen. Als Begründung gab der Meister an, sie hätten unheimlich viel zu tun.

Dazu muß man wissen, daß die betreffende Firma noch vor einem Jahr Leute entlassen und kurzgearbeitet hat und auch jetzt keineswegs wieder einstellt, sondern Überstunden machen läßt. Man muß sich das einmal vorstellen: Während über eine Million Arbeitslose auf der Straße liegen, während Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsbonzen von der Schaffung neuer Arbeitsplätze demagogisch daherschwafeln, werden nicht nur Überstunden gemacht, man holt sogar Rentner wieder in den Betrieb, die ihr Leben lang für wenig Geld geschuftet haben.

Dies ist auch der Hauptgrund, weshalb mein Kollege es strikt abgelehnt hat, wieder in den Betrieb zu gehen. Aber auch, weil er sich vor seinen Kollegen nicht lächerlich machen will. Obwohl er seine Arbeit gern und ausgezeichnet machte, war er alles andere als ein Arschkriecher, sondern haßt Ausbeutung und Schinderei. Ich bin sicher, daß er für die Kapitalisten keinen Finger mehr krumm machen wird und auch der Meister, sollte er noch einmal zu ihm kommen, wieder unverrichteter Dinge abziehen muß.

Rot Front! Ein Genosse aus Bielefeld

„Bedauerlicherweise unter dem Existenzminimum"

Liebe Genossen!

Auf der letzten Betriebsversammlung von Thyssen-Süd in Duisburg konnte man eine besonders üble Nummer des Betriebsrates in puncto Klassenversöhnung miterleben.

Der Betriebsratsvorsitzende Valentin stellte fest, daß „bedauerlicherweise" durch die bestehende Kurzarbeit im BLW (Blechwalzwerk) einige Kollegen mit ihrem Lohn unter das staatlich festgelegte Existenzminimum gerutscht sind. Er forderte die Kollegen auf, die verheiratet sind und zwei Kinder haben, sich im Betriebsratsbüro zu melden. Hier wolle man den Anteil des Kollegen berechnen und dann für alle gemeinsam Anträge auf Sozialhilfe stellen. Es ist klar, wenn ein Kollege normalerweise 1.200 bis 1.300 DM mit nach Hause bringt, daß er nun bei Kurzarbeit mit 68% davon eine Familie nicht ernähren kann.

Doch das interessiert den Betriebsrat nicht. Er hat dem letzten Lohnraubabschluß zugestimmt und auch jetzt der Kurzarbeit. Obwohl er wußte, was das für die Kollegen bedeutet. Diese Verräter haben auch jetzt nur im Kopf, den entschlossenen Kampf der Kollegen gegen eine immer stärkere Verelendung zu sabotieren und abzuwiegeln.

Rotfront!
Eine Genossin aus Duisburg

Saarhütten planen gemeinsame Roheisenproduktion

Hochofenwerke sollen wegrationalisiert werden

Die drei Saarhütten (Dillinger Hüttenwerke AG, Neunkircher Eisenwerk AG und Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH) wollen eine Gemeinschaftsgesellschaft gründen zwecks gemeinsamer Versorgung ihrer Stahlwerke mit flüssigem Roheisen aus einem gemeinsamen Hochofenwerk in Dillingen. Mit einem Wort: Die Hochofenwerke in Neunkirchen und Völklingen sollen stillgelegt und Tausende von Arbeitsplätzen sollen wegrationalisiert werden. Dies wurde in bislang geheimen Verhandlungen, die bereits seit März dieses Jahres laufen, zwischen den Vorständen der drei Hüttenwerke vereinbart.

In einem Kommuniqué über die Vereinbarung wird an die Adresse der Regierung gefordert: „Die Vorstände der drei Saarhütten gehen bei ihrer Entscheidung davon aus, daß der Saarkanal in der vorgesehenen Form fristgerecht fertiggestellt wird. Ferner erwarten sie eine Versorgung mit Kohle und Koks zu wettbewerbskonformen Bedingungen mit der europäischen Konkurrenz. Für die neuen Gemeinschaftsinvestitionen erwarten sie alle öffentlichen Förderungsmaßnahmen".

Auf gut deutsch: Die Herren Stahlkapitalisten erwarten dafür, daß sie um ihrer Profite willen Hochofenwerke stillegen, Tausende von Arbeitsplätzen vernichten und Massenentlassungen durchziehen, vom Staat auch noch eine saftige Belohnung aus unseren Steuergeldern. Und man kann Gift darauf nehmen, daß die Regierungen in Bonn und Saarbrücken sich beeilen werden, dieser unverfrorenen Forderung auch nachzukommen.

Einerseits bereiteten die Konzernherren der Saarländischen Hüttenindustrie ihren Schachzug hinter verschlossenen Türen vor. Offiziell wurden nicht einmal die Aufsichtsräte der drei Hüttenwerke von den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt. Aber Wochen bevor sie dann die Bombe platzen ließen, unternahmen sie bereits einen propagandistischen Vorstoß. Sie ließen Otto Wolff von Amerongen, den Konzernchef und Hauptteilhaber der Neunkirchner Eisenwerke, verkünden, drastische Stillegungen und Massenentlassungen in der gesamten bundesdeutschen Stahlindustrie seien eine „Notwendigkeit". Anders könne die deutsche Stahlindustrie nicht mit der Krise fertigwerden.

Natürlich! Immer auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten müssen sich die Kapitalisten sanieren. Wie auch anders könnten sie ihre Profite weiter steigern, wenn nicht durch rücksichtslose Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen, wenn nicht dadurch, daß sie aus geschrumpften Belegschaften ein höheres Produktionsergebnis herausschinden und die Arbeitskraft noch brutaler als zuvor auspressen?! Das ist eben die kapitalistische Logik. Was interessiert die Konzernherren in ihren Luxusvillen denn das Elend der Arbeitslosen, was interessiert sie die Gesundheit der Stahlwerker, die sie rücksichtslos antreiben lassen? Nur der Profit zählt für sie.

Seit 1960 wurden mehr als 100.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie der Bundesrepublik vernichtet. Jetzt aber hat der größte Rationalisierungsfeldzug, der größte Angriff auf die Arbeitsplätze begonnen, den es in der bundesdeutschen Stahlindustrie bisher überhaupt gegeben hat. Ob bei Mannesmann, Thyssen, Klöckner, Hoesch oder in den Saarhütten: überall stehen Kurzarbeit, Stillegungen, versteckte und offene Massenentlassungen auf der Tagesordnung. Allein im Saarland sollen in den Hüttenwerken mindestens 10.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Dabei hat das Saarland bereits heute weitaus die höchste Arbeitslosigkeit. Mit 6,8% steht es in der offiziellen Arbeitslosenstatistik mit großem Abstand an der Spitze aller Bundesländer.

Die Bonner Parteien und die Regierungen in Bund und Land unterstützen die Stahlkonzerne rückhaltlos bei ihren brutalen Angriffen auf die Arbeitsplätze. Der Staat wirft ihnen dafür noch Steuervergünstigungen, Subventionen und verschiedene Zuwendungen in den Rachen. Die Werktätigen werden frech über den wahren Zweck dieser Zuwendungen und Vergünstigungen belogen. Man erzählt ihnen, das diene alles zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Wie jetzt der Saarkanal wieder sehr deutlich zeigt, ist das Gegenteil der Fall. Wie hieß es als Rechtfertigung für die Milliarden, die in den Saarkanal investiert werden mußten? Dadurch werde die Industriestruktur verbessert und folglich würden Arbeitsplätze geschaffen. Jetzt sagen die Stahlkapitalisten selbst, daß sie den Kanal als günstigen Transportweg brauchen, um ihre Roheisenproduktion zusammenzulegen und damit Arbeitsplätze „einsparen" können.

Auch der DGB-Apparat ist nur in Worten gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung. Hinter den Kulissen unterstützt er die Konzernherren bei ihren Angriffen und sabotiert heimtückisch den Widerstand der Belegschaften. Schließlich steht der DGB-Apparat ja auch auf dem Boden des kapitalistischen Systems. Die DGB-Bonzen machen sich ja selbst Sorgen um die „Rentabilität" der bundesdeutschen Stahlindustrie, um ihre Stellungen auf dem Weltmarkt. Mit scheinradikalen Sprüchen versuchen sie dies zu vertuschen, um ihren Einfluß auf die Arbeiter und kleinen Angestellten nicht zu verlieren.

Aber für die Arbeiter und kleinen Angestellten gibt es nur eines, was ihren Interessen entspricht: kompromißlos gegen den Rationalisierungsterror zu kämpfen und die Arbeitsplätze zu verteidigen. Die Interessen der Arbeiter sind den Profitinteressen der Kapitalisten diametral entgegengesetzt. Und schon seit einiger Zeit wachsen in den Hüttenwerken die Unruhe und Empörung über die skrupellosen Angriffe der Konzernherren, wächst die Kampfentschlossenheit. Dazu haben auch die teilweise sehr starken Lohneinbußen beigetragen, die den Kollegen durch Kurzarbeit, Umsetzungen usw. aufgelastet wurden, während die Stahlkapitalisten gleichzeitig Rekordprofite scheffelten.

Verstärken wir den Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten! Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Kampf dem Abbau der Reallöhne! Konsequenter Kampf für Lohnerhöhungen! Gegen die ständige Verschärfung der Ausbeutung durch Arbeitshetze und Rationalisierung! Kampf gegen die Stillegung der Hochofenwerke in den Saarhütten!

Rollei will Fabrik in Uelzen stillegen

250 Kollegen droht Arbeitslosigkeit

Das Rollei-Werk in Uelzen, ein Zweigwerk des bekannten Braunschweiger Foto-Unternehmens, das erst 1970 in Betrieb genommen wurde, soll stillgelegt werden. Die 250 dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten sollen auf die Straße geworfen werden. Dagegen protestierten am 20. Juli rund 200 Kollegen in einem Demonstrationszug, der durch die Uelzener Innenstadt zum Rathaus ging.

In dem Uelzener Rollei-Werk wurden zuletzt Diaprojektoren und Vergrößererungsgeräte hergestellt. Jetzt soll die Produktion in das Braunschweiger Stammwerk verlagert werden. Dort seien die Kapazitäten noch nicht voll ausgelastet, behaupten die Rollei-Bosse. Das „Handelsblatt" schreibt, daß durch die Verlagerung und den Belegschaftsabbau jährlich 10 Millionen Mark an „Fertigungskosten" eingespart werden. Mit anderen Worten: Die Arbeitsplätze in Uelzen werden dadurch „überflüssig" gemacht, daß die Kollegen im Stammwerk in Braunschweig stärker angetrieben und ausgebeutet werden. Für die Rollei-Kapitalisten bedeutet das einen höheren Profit von einigen Millionen Mark im Jahr. Das Ganze nennen die Herren dann „Reorganisationsphase zur Verbesserung der Ertragslage des Unternehmens".

Schon seit Jahren haben die Rollei-Bosse in Uelzen rationalisiert und entlassen. Es gab eine Zeit, wo die Belegschaft etwa doppelt so groß war. Die Proteste gegen diese Angriffe beantworteten die Kapitalisten und der Betriebsratsvorsitzende Steinke mit der Lüge: diese Maßnahmen seien „im Interesse aller notwendig", durch die Verbesserung der „Rentabilität" würden die Arbeitsplätze gesichert. Jetzt wird den Kollegen in brutalster Weise vor Augen geführt, daß es keine gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist im Interesse der Arbeiterklasse. Wer ihn sabotiert und die Klassenversöhnung predigt, wie der DGB-Apparat das tut, steckt mit den Kapitalisten unter einer Decke.

Die Kollegen in Uelzen haben praktisch keine Aussichten, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Das Gebiet zwischen Hamburg und Hannover ist ein sogenannter „strukturschwacher Raum". Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt hier 5 bis 8%. Die Stillegung in Uelzen wird die gesamte werktätige Bevölkerung treffen. Die Rollei-Kapitalisten scheren sich jedoch um die Sorgen und Nöte der werktätigen Massen einen Dreck. Für sie zählen nur die 10 Millionen Mark im Jahr, um die ihr Gewinn steigen wird. Die Kollegen, die sie auf die Straße werfen wollen, sollen mit einem unverschämten Almosen abgespeist werden: Für einen sogenannten Sozialplan hat der Aufsichtsrat jetzt lächerliche 600.000 DM genehmigt.

Gegen diese Angriffe hilft nur der entschlossene, militante Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten. Es ist notwendig, sich gegen die kapitalistischen Räuber im revolutionären Klassenkampf zusammenzuschließen. Auf diesem Wege ist es auch möglich, Stillegungen und Massenentlassungen zu verhindern.

Eine Bilanz des Terrors

„In jüngster Zeit ist es, besonders in Bochum, zu einer Mehrzahl von umstrittenen Fällen des Schußwaffengebrauchs gekommen, obwohl die Ausbildung der Bochumer Beamten die gleiche ist, wie die anderer Präsidien. Das spricht jedoch eher für Einzelfälle und auch dafür, daß die Ausbildung und damit auch die Einstellung des Beamten zu seiner Waffe grundsätzlich in Ordnung sind", erklärte der Polizeiminister von NRW, Hirsch, kürzlich in einem Interview.

Einzelfälle?

Über 50 Menschen wurden in den letzten vier Jahren im Bundesgebiet und in Westberlin von der Polizei erschossen oder erschlagen, nicht gerechnet die Zahl derer, von denen nur in den Lokalzeitungen berichtet wurde, nicht gerechnet die Zahl derer, die von Polizisten mit der Waffe bedroht oder angeschossen und verletzt wurden, nicht gerechnet die Zahl derer, die auf den Polizeirevieren oder auf offener Straße zusammengeschlagen und mißhandelt wurden.

Greifen wir einige Fälle aus Städten aus dem Ruhrgebiet heraus:

DUISBURG:

Am 4. Juli 1972 wird der 22jährige Paul Duifhuis von einem Polizeibeamten erschossen, weil er mit seinem Moped eine Ampel überfahren hatte, die Rot zeigte.

Am 18. Juli 1974 wurde unser Genosse Günter Routhier während eines Arbeitsgerichtsprozesses von der Polizei so schwer mißhandelt, daß er kurz darauf starb. Gegen die verantwortlichen Polizisten wurde keinerlei Anklage erhoben.

DORTMUND:

Am 16. Juli 1973 wurde der 17jährige Erich Dobhardt von der Polizei erschossen. Sein Mörder wurde vom Bundesgerichtshof freigesprochen.

Am 22. Februar 1977 wurde der griechische Arbeiter Ioannis Batos von Polizeibeamten so schwer mißhandelt, daß er kurz darauf starb. Nach langem Lügen der Dortmunder Polizei, die behauptet hatte, Ioannis Batos sei betrunken gewesen und habe unter Drogen gestanden, wodurch sein Tod verursacht worden sei, kam jetzt durch das Obduktionsgutachten eines griechischen Arztes heraus, daß Ioannis Batos den Folgen der Verletzungen durch Schläge erlegen ist.

BOCHUM:

Am 2. Juli wurde Gustav Schlichting erschossen.

Am 26. Juli wurde Rudolf Pollaczek von der Polizei erschossen.

Unterdrückung sei nicht die Aufgabe der Polizei, erklärte der Polizeiminister von NRW in dem schon erwähnten Interview zynisch. Die Tatsachen entlarven diese Worte als pure Heuchelei. Die Bilanz des Terrors spricht Bände über die Aufgabe der Polizei. Sie ist nichts anderes als ein Werkzeug der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Werktätigen.

17jähriger von der Polizei erschossen

Fortsetzung von Seite 1

heit zur Genüge kennengelernt. „Intensiv und hartnäckig" ist bisher immer nur ermittelt worden, um die Polizisten weißzuwaschen.

In Bochum wächst die Empörung über den Terror der Polizei gegen die Bevölkerung. Immer mehr Menschen erkennen, daß der „Rechtsstaat", den die Staatsanwaltschaft beschwört, in Wirklichkeit ein Polizeistaat ist, der die Werktätigen unterdrückt. Daß es sich bei den Todesschüssen in Bochum beileibe um keine Einzelfälle handelt, sondern daß sich hier in aller Klarheit der Charakter des bürgerlichen Staates zeigt: Dieser Staat ist dazu da, die große Mehrheit der Bevölkerung, die Werktätigen, im Interesse einer Handvoll kapitalistischer Ausbeuter brutal niederzuhalten und zu unterdrücken.



Von der Bochumer Polizei erschossen: Rudolf Pollaczek, 17 Jahre.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Ein Besuch im Kindergarten in Korça

Im Juli besuchte ich mit einer Reisegruppe der Partei Albanien. Natürlich könnte ich viel über die Erfolge des Aufbaus des Sozialismus berichten, aber ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen — unseren Besuch in einem Kindergarten in Korça.

Ich war besonders gespannt auf diesen Besuch, denn ich habe früher in einem Kindergarten gearbeitet und miterlebt, wie dort die Kinder systematisch zu Egoisten, Strebern und Duckmäusern erzogen wurden. Wehrten sich die Erzieherinnen gegen eine solche Erziehung, wurden sie entlassen oder man machte ihnen die Arbeit unerträglich. Und über allem hing das Pfaffenkreuz, mit religiösem Morgenkreis und Bibelstunde wurde alles Unrecht zu „Recht" verwandelt.

Sicher hatte ich schon viel über die Kindererziehung in Albanien gelesen, aber was wir dort miterlebten, übertraf doch alle Erwartungen. Die Kinder trugen Gedichte und Lieder zum Partisanenkampf, zum Geburtstag von Enver Hoxha u. a. vor und jeder Anwesende spürte die Verbindung der Kinder mit dem Volk, den Arbeitern und Bauern. Wenn diese Kinder vom Kampf ihrer Großeltern gegen die Faschisten berichten, dann wissen sie genau, daß auch sie selber bereits ihren festen Platz haben im Kampf gegen alle Feinde Albaniens, gegen die Feinde des Sozialismus. Und obwohl sie erst fünf Jahre alt sind, wissen sie doch, wie wichtig es ist, daß die Partei der Arbeit Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze diesen Kampf führt.

Die Kinder haben täglich Unterricht in Geschichte, Naturkunde, Mathematik usw. und sie machen häufig Exkursionen in Fabriken, zu den Bauern und in Museen. Auf die Frage der Erzieherin nach den Berufswünschen der Kinder hörte man: „Bauer, Arbeiter in Elbasan, Arbeiter im Feinmechanischen Werk in Korça..." Jedes Kind hatte einen Berufswunsch und zwar nicht einen, bei dem man möglichst viel Geld verdient oder gar Chef vieler Arbeiter wird, die man dann „unter" sich hat (nach diesen Kriterien entscheiden oftmals die Kinder bei uns), sondern einen Beruf, der Spaß bringt und der für den weiteren Aufbau und die Festigung des Sozialismus wichtig ist.

Die Ausdruckskraft der Vorträge der Kinder, ihre Disziplin beim Gespräch, der Bericht der Erzieherin, alles das ließ deutlich werden, diese Kinder werden im Kollektiv zu ehrlichen und mutigen jungen Kommunisten erzogen, die ihr Heimatland über alles lieben und es jederzeit zu verteidigen bereit sind.

Als wir uns von diesen Kindern verabschiedeten, versprachen wir ihnen, daß wir uns mit all unserer Kraft für den Sozialismus in Deutschland einsetzen werden, um unseren Kindern das gleiche schöne Leben in einem sozialistischen Deutschland zu ermöglichen.

Rotfront!
Eine Genossin aus Stuttgart

Düsseldorf

Freispruch für K.-H. Roth und Roland Otto

Der Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto, denen die Klassenjustiz Mord und Mordversuch vorwarf, endete am 26. 7. 77 mit einem Freispruch. Dieser Freispruch, der vorläufig — die Staatsanwaltschaft will das Urteil anfechten — verhindert, daß erneut zwei Menschen allein wegen ihrer Gesinnung lebenslang ins Gefängnis gesperrt werden, ist ein großer Erfolg.

Aber die Freude über den errungenen Freispruch ist verbunden mit Haß gegen die Polizei und die Justiz dieses kapitalistischen Staates, die zwei Menschen jahrelang allein wegen ihrer politischen Gesinnung — wie jetzt ja auch das Gericht indirekt zugeben mußte — erbarmungslos, auf Leben und Tod verfolgte, mißhandelte und quälte. Bereits bei ihrer Festnahme im Juni 1975 wurde ein dritter, Werner Sauber, auf der Flucht erschossen, Karl-Heinz Roth durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt. Während Roth und Otto, die beide weder zur Waffe griffen, geschweige denn schossen, des Mordes angeklagt wurden, wurde der Polizei bestätigt, sie habe ihre Pflicht getan. Von welchem Geist die Polizei dieses kapitalistischen Staates geprägt ist, zeigte in geradezu unglaublicher Weise die Äußerung eines Polizisten nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen Roth und Otto, der zu einem anderen Beamten sinngemäß sagte: Die Kollegen haben schlecht gearbeitet, sie hätten besser zielen sollen, dann hätte man diese Probleme jetzt nicht gehabt. (Von einem Reporter des „Mittagsmagazin" des WDR auf Tonband aufgenommen.) Aber nicht nur die Polizei, sondern auch die Justiz mißhandelte die beiden Angeklagten, vor allem Karl-Heinz Roth, erbarmungslos. Dreimal schwebte Karl-Heinz Roth, der infolge eines Polizeischusses eine schwere Darmverletzung hatte, in Lebensgefahr, weil die Justiz sich weigerte, ihn zu behandeln. Nur der massivste Protest der Öffentlichkeit rettete sein Leben. Selbst noch nach Prozeßbeginn wurden die Angeklagten schärfstens bewacht, isoliert, wurde Roths schlechter Gesundheitszustand systematisch ausgenutzt, um ihn zu quälen, seine Verteidigungsmöglichkeiten einzuschränken.

All dies wird auch der jetzt erfolgte Freispruch nicht vergessen machen. Denn dieser Fall zeigte vielen, gerade weil die Klassenjustiz diesmal die völlige Haltlosigkeit ihres Mordvorwurfs schließlich zugestehen mußte, gerade weil diesmal die inzwischen schon berüchtigte Gleichung der Klassenjustiz und der gleichgeschalteten bürgerlichen Presse „Revolutionär = Terrorist = Mörder und Verbrecher" so offensichtlich Schiffbruch erlitt, daß in dieser angeblich so freiheitlichen und demokratischen Ordnung entgegen den Lügen der Politiker, Menschen allein aufgrund ihrer politischen Gesinnung verfolgt werden, daß danach getrachtet wird, sie physisch und psychisch auszuschalten.

Genosse Bernd kämpft entschlossen gegen seine Krankheit

Vor kurzem erreichte uns ein Brief des Genossen Bernd Woitalla, der im November letzten Jahres bei einer Demonstration gegen das KKW in Brokdorf durch den gezielten Steinwurf eines Polizisten eine schwere Gehirnverletzung erlitt, die vor allem das Sprachzentrum in Mitleidenschaft zog. Als Folge dieser Verletzung mußte Bernd mühsam wieder sprechen, lesen und rechnen lernen. Auch heute, acht Moante danach, muß Bernd in einem Rehabilitationszentrum noch ärztlich behandelt werden. Er schreibt in seinem Brief, daß es nach Auskunft der Ärzte noch ein halbes Jahr dauern wird, bis er wieder arbeiten kann, daß ein einigermaßen vollständiges Abklingen der Folgen der Gehirnverletzung erst in drei Jahren zu erwarten ist.

Bernd kämpft mit großer Entschlossenheit gegen seine Krankheit. Etwa durch systematisches Lesen und Radiohören, durch Rechnen anhand eines Mathematikbuches, durch Sportübungen, Basteln usw. Durch diesen disziplinierten Kampf hat Bernd schon große Erfolge erzielt. Er schreibt: „Mein Befinden wird allgemein besser. Vor allen Dingen kann ich wieder besser lesen. Den ‚Roten Morgen' kann ich fast ohne Schwierigkeiten wieder lesen."

Bernd grüßt in seinem Brief alle Genossen. Er schreibt: „Ich möchte allen Genossen für ihre tatkräftige Hilfe danken für mich, meine Frau und meinen Sohn. Die Solidarität hilft siegen. Das gilt überall, in der Fabrik, den Gefängnismauern und auch bei der Krankheit." Schreibt dem Genossen Bernd Woitalla! Seine Adresse: 2300 Kiel 1, Lutherstr. 29.

Schreibt den Genossen in Haft:

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21
Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2
Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30
Manfred Schönenberg, 5952, Attendorn, JVA
Wolfgang Brod, 4400 Münster, JVA, Gartenstr. 26

Bosslevorlesung unter Polizeischutz

Obwohl bisher 10 Ordnungsrechtsverfahren gegen fortschrittliche Studenten wegen des Kampfes gegen den reaktionären Professor Bossle eingeleitet wurden, und trotz Ende des Semesters, versammelten sich am 26. 7. noch einmal etwa 300 Studenten, um die letzte Bosslevorlesung zu stören. Die Unibürokratie hatte aber, wie schon vor einer Woche Polizei inner- und außerhalb der Uni aufmarschieren lassen, so daß Bossle seine Vorlesung vor 8-10 Zuhörern (meist von der Hochschulunion) abhalten konnte. Die Polizei war mit Helmen, Schilden und bissigen Hunden ausgerüstet. Sogar einen Krankenwagen hatten sie dabei. Dies zeigte sehr deutlich, daß sie eine blutige Auseinandersetzung einkalkuliert hatten.

Deshalb begnügten sich die Studenten mit Parolen rufen: z. B. „Bossle raus", „deutsche Polizisten schützen die Faschisten", „Maulkorb vor und Knüppel ins Genick, das ist Bayerns Hochschulpolitik."

Bossle und seine Zuhörer konnten allerdings nur durch ein Spalier von Studenten den Vorlesungssaal betreten. Dabei wurden sie als Faschisten etc. beschimpft.

Während der Vorlesung formierte sich ein Demonstrationszug, der durch alle Vorlesungssäle der Uni marschierte und die dort anwesenden Studenten über die aktuellen Ereignisse informierte und sie aufforderte, sich zu solidarisieren und mitzumarschieren. Einige Studenten schlossen sich daraufhin dem Demonstrationszug an. Zuletzt versammelten wir uns alle vor dem Hörsaal, wo Bossle seine Vorlesungen hielt. Er wurde auf dieselbe Weise verabschiedet, wie er empfangen wurde.

Der KSB/ML verteilte während der Aktion Flugblätter, in der die Funktionen von Bossle als faschistischem Ideologen und Berchem (Unipräsident) als Polizeipräsident in diesem bürgerlichen Staat aufgezeigt wurden. Es wurde darin aufgezeigt, daß sich sowohl bei der Berufung Bossles, wie bei dem Vorgehen Berchems gezeigt hat, daß in beiden Fällen das Kumi, als eine Abteilung des bürgerlichen Staatsapparates, die eigentliche Instanz war, die uns beides bescherte. Auch wurde aufgezeigt, daß die Faschisierung an der Hochschule wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht dadurch geschieht, daß sich Reaktionäre und Faschisten zusammenrotten und „formieren", sondern planmäßig und gezielt über den bürgerlichen Staatsapparat abläuft.

Rot Front! Genossen aus Würzburg

Parteiveranstaltungen

Essen: Eröffnungsfeier des neuen Parteibüros am 13. 8., 16 Uhr in Essen-Altendorf, Helenenstr. 35

Iserlohn: „Albanien — einziges sozialistisches Land in Europa", Reisebericht und Diavortrag am 11. 8., 19.30 Uhr, Gaststätte Westerhoff, Kurt-Schumacherring 10

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Aus aller Welt

SÜDKOREA

Die Bevölkerung Südkoreas kämpft entschlossen gegen die volksfeindliche Politik und die Unterdrückung durch das faschistische Park-Chung-Hee-Regime. So haben Mitte Juli rund 600 Studenten der Universität von Seoul eine Massenkundgebung vor der Universität abgehalten und dabei das faschistische Regime nachdrücklich verurteilt. Sie forderten außerdem die Freilassung ihrer von der südkoreanischen faschistischen Polizei verhafteten Kommilitonen. Auch in anderen Universitäten des Landes fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt.

INDIEN

Die indischen Werktätigen beantworten die verstärkte kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung durch entschlossene Streikkämpfe. In verschiedenen Städten des Landes wurden in der letzten Zeit zahlreiche Streiks und Protestdemonstrationen durchgeführt, durch die sich die Werktätigen gegen die brutale kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzten. So streikten kürzlich allein in Bombay 30.000 Menschen. Sie forderten höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Auch in Dehli und Kalkutta kam es zu Streiks von Tausenden von Arbeitern.

SIMBABWE

Die simbabwischen Patrioten versetzen den rhodesischen Rassistentruppen weitere Schläge und fügen ihnen beträchtliche Verluste an Menschen und militärischem Material zu. In einem Kommunique der simbabwischen Patrioten, das vor kurzem veröffentlicht wurde, wird eine Bilanz der im Kampf gegen die rassistischen Truppen des Smith-Regimes erzielten Erfolge gezogen. Danach haben die Patrioten in den ersten vier Monaten dieses Jahres 851 Rassistensoldaten getötet und Hunderte weitere verwundet. In dieser Zeitspanne schossen die Patrioten acht feindliche Flugzeuge ab, zerstörten 58 Militärfahrzeuge und befreiten 38 Gebiete, die vorher von den Rassistensoldaten gehalten worden waren. Die simbabwischen Patrioten erbeuteten bei ihren kühnen Aktionen große Mengen Heeresausrüstungen. Abschließend wird in dem Kommunique erneut die Entschlossenheit der Patrioten bekräftigt, den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Regime mutig fortzusetzen.

AUSTRALIEN

In Australien streiken die Hafenarbeiter von Perth. Sie fordern höhere Löhne, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und die Wiedereinstellung zahlreicher entlassener Kollegen. Die Streikenden bekräftigten, daß sie entschlossen sind, im Kampf auszuharren, bis die Kapitalisten ihre gerechten Forderungen erfüllt haben. Mit dem Kampf der Hafenarbeiter von Perth haben sich inzwischen auch Tausende von Arbeitern in anderen Häfen des Landes und Arbeiter verschiedener Wirtschaftszweige solidarisch erklärt.

ITALIEN

Hunderte von Menschen aus Seveso, das vor einem Jahr durch die Giftgase der Fabrik „Icmesa" verseucht worden ist, haben vor kurzem eine Protestdemonstration durchgeführt. Die Demonstranten trugen Transparente mit sich, auf denen sie die Behörden beschuldigten, sich nicht im geringsten darum zu kümmern, die Folgen des ausgeströmten Gases zu beseitigen.

PERU

Der Streik der Arbeiter in den Kupfer-, Zink- und Bleibergwerken hat sich ausgeweitet. Rund 70% aller Bergarbeiter haben inzwischen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern höhere Löhne, die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen und die Aufhebung des von der Regierung erlassenen Streikverbots. Die Regierung Perus hat, um den Streik zu unterdrücken, massive Drohungen gegen die Bergleute ausgestoßen und von ihnen ultimativ die Beendigung des Streiks verlangt. Sie hat bereits in den letzten Wochen, als sie die Soldaten das Feuer auf streikende Arbeiter eröffnen ließ, wobei zehn Arbeiter den Tod fanden, gezeigt, daß sie entschlossen ist, die Profite der Kapitalisten brutal zu verteidigen. Ungeachtet dieser Drohungen sind die peruanischen Bergarbeiter jedoch entschlossen, ihren Kampf fortzusetzen.

NORDIRLAND

Trotz des Terrors und der Repressalien, die die englischen Kolonialisten und ihre Lakaien in letzter Zeit gegen die nordirische Bevölkerung entfesselt haben, hat diese keinen Augenblick lang ihre Angriffe gegen den Feind eingestellt und ihm die verdiente Antwort erteilt. Am 2. Juni töteten die nordirischen Patrioten bei einer Auseinandersetzung mit den Besatzungstruppen im Distrikt Tyrone drei englische Soldaten und verwundeten einige weitere. Die Besatzer haben auch in der Hauptstadt des Landes keine Ruhe mehr. Bei verschiedenen Aktionen in Belfast legten die nordirischen Patrioten Bomben gegen militärische Objekte des Feindes, bestraften Verräter und zerstörten englische Polizeiposten. Die nordirische Bevölkerung hat sich niemals mit der ausländischen Besatzung abgefunden. Schon lange führt sie mutig den Kampf für Freiheit und wahre nationale Unabhängigkeit und wird sich weder durch den Terror der britischen Besatzer noch durch deren demagogische Beteuerungen, die sie ab und zu vom Stapel lassen, davon abhalten lassen, diesen Kampf bis zu Ende zu führen.

OSTTIMOR

Kürzlich konnte man in Springers Hetzblatt „Welt" lesen, daß der Befreiungskampf der Patrioten von Osttimor praktisch zusammengebrochen sei. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Behauptungen um Lügen, die von den Imperialisten ausgestreut werden. Das kleine Volk von Osttimor hat im Gegenteil seinen Kampf gegen die 45.000 indonesischen Besatzertruppen verstärkt. Den ganzen Mai und Juni über versetzten die Befreiungsstreitkräfte den Besatzern harte Schläge, töteten Hunderte von ihnen und erbeuteten militärisches Material in großen Mengen. Der heldenhafte Kampf des Volkes von Osttimor hat und wird auch in Zukunft die finsteren Pläne der indonesischen Faschisten, hinter denen der USA-Imperialismus steht, zunichte machen.

AZANIA

In einer Presseerklärung unterstrich ein Vertreter des Panafrikanischen Kongresses von Azania (PAC) unter anderem, daß der bewaffnete Kampf die Hauptstrategie für die Befreiung Südafrikas ist. Er brandmarkte heftig sämtliche Komplotte der Imperialisten und der reaktionären Kräfte gegen das azanische Volk, die das Ziel verfolgen, den Kampf der Patrioten zu ersticken, erklärte, daß die Flammen des Volkskampfes niemals zum Erlöschen gebracht werden können.

Portugal: Nieder mit dem Gesetz Barreto!

Das Land dem, der es bebaut!

In Portugal ist das „Gesetz über die Landreform" im Parlament verabschiedet worden. Das „Gesetz Barreto", wie es nach dem Landwirtschaftsminister der Regierung Soares genannt wird, ist durch und durch reaktionär. Mit diesem Gesetz sollen die Errungenschaften des revolutionären Kampfes der Massen nach dem 25. April 1974 auf dem Land rückgängig gemacht werden. Worum geht es?

Nach dem 25. April 1974, als das faschistische Regime gestürzt wurde, entwickelte sich in Süd- und Mittelportugal (vor allem in den Provinzen Alentejo und Ribatejo) eine revolutionäre Massenbewegung der Landarbeiter, kleinen und mittleren Bauern gegen die Großgrundbesitzer, denen hier der größte Teil des Grund und Bodens gehört hatte. Die Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten, eine der stärksten Stützen des faschistischen Regimes, herrschten bis dahin unumschränkt. Sie beuteten die breiten Massen brutal aus und das Elend, in dem diese zu leben gezwungen waren, war groß. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet waren Hunderttausende gezwungen, ins Ausland zu emigrieren.



Eine der Versammlungen der KP Portugals (W) zur Mobilisierung der Massen gegen das „Gesetz Barreto"

Nach dem 25. April erhoben sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen im Alentejo und Ribatejo zum Kampf gegen die Großgrundbesitzer. Sie besetzten die Ländereien und jagten ihre Ausbeuter davon. Sie schlossen sich auf den besetzten Ländereien zu Kooperativen zusammen, von denen bis jetzt insgesamt 480 gegründet wurden.

Die Enteignung der Großgrundbesitzer, die Bewirtschaftung der Ländereien durch die Landarbeiter und armen Bauern, die Bildung von Kooperativen sind die größte Errungenschaft des revolutionären Kampfes des portugiesischen Volkes.

Es war von Anfang an klar, daß sich die portugiesische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer niemals mit den Landbesetzungen abfinden und alle Mittel in Bewegung setzen würden, um den Kampf der Massen abzuwürgen und um sie von den besetzten Ländereien zu vertreiben, damit sie wieder von den Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten in Besitz genommen werden können. Nach dem 25. November 1975 fühlte sich die Bourgeoisie stark genug, um zum Angriff überzugehen.

Schon vorher hatten die Kapitalisten versucht, die Kooperativen durch Boykott und Wucherkredite der Banken auszuhungern. Nach dem 25. November erließ die Regierung ein Verbot weiterer Besetzungen und erklärte zahlreiche andere Besetzungen für illegal. Im Frühjahr dieses Jahres wurden dann Truppen der Nationalgarde in den Alentejo und Ribatejo geschickt, um die Landarbeiter und Bauern gewaltsam von den besetzten Ländereien zu vertreiben. Über hundert Einsätze dieser Art wurden bis jetzt gegen den erbitterten Widerstand der Landarbeiter, armen und mittleren Bauern durchgeführt, damit die Ländereien wieder in die Hände der Großgrundbesitzer kommen.

Aber nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Lakaien, die revisionistische Cunhalpartei, steht dem revolutionären Kampf der Massen im Alentejo und Ribatejo feindlich gegenüber. Während des ganzen Jahres 1974 erklärten die modernen Revisionisten die Landbesetzungen für „verfrüht" und „überstürzt". Später, als die Massen vollendete Tatsachen geschaffen hatten, nutzten sie die Lage, um die Kooperativen bürokratisch zu beherrschen und die revolutionäre Initiative der Massen abzuwürgen. Nach dem 25. November verrieten sie die Landarbeiter und Bauern an die Bourgeoisie. Sie warnten die Massen vor dem Kampf gegen die Polizei und Nationalgarde und versuchten sie auf diese Weise zu entwaffnen. Später, im Dezember 1976, stimmten sie sogar der Ausarbeitung eines neuen „Landreformgesetzes" zu, das jetzt in Form des reaktionären „Gesetzes Barreto" verabschiedet wurde.

Kernpunkt des neuen Gesetzes sind die Rückgabe zahlreicher Ländereien an die Großgrundbesitzer und die Öffnung des Landes für das Eindringen des ausländischen Monopolkapitals. Damit erfüllte die Regierung Soares nicht nur die Forderungen der einheimischen Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten, sondern auch die der EWG-Imperialisten. Die imperialistischen Monopole, die schon immer einen großen Teil der portugiesischen Landwirtschaft (z. B. den Weinanbau) beherrscht hatten, verlangten als Voraussetzung für den Eintritt Portugals in die EWG die Unterdrückung des revolutionären Kampfes der Massen und Garantien für neue Investitionen, d. h. für die Ausplünderung der Landbevölkerung.

Als einzige Parteien haben die KP Portugals (Wiederaufgebaut) und die von ihr geführte UDP (Volksdemokratische Union) von Anfang an auf der Seite der kämpfenden Massen im Alentejo und Ribatejo gestanden. Sie haben die Massen zum Kampf für die Verteidigung und Weiterentwicklung der von ihnen selbst erkämpften Errungenschaften aufgerufen. Um diesen Kampf zu unterstützen und die Widerstandsbewegung der Massen gegen das „Gesetz Barreto" zu verstärken, brachte der Abgeordnete der UDP im portugiesischen Parlament den alternativen Gesetzentwurf der KPP (W) ein. Dieser Gesetzentwurf sieht die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten vor. Er folgt dem Leitsatz: „Das Land dem, der es bebaut." Weitere Bestimmungen des Gesetzentwurfes der KPP (W) sehen die Annulierung der Schulden und Hypotheken, die Senkung der Steuern und anderen Abgaben sowie die Gewährung staatlicher Hilfen an die Kooperativen vor. Der Gesetzentwurf verteidigt die Interessen der Landarbeiter, kleinen und mittleren Bauern und richtet sich gegen die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten, die Banken und den Großhandel.

Die Partei erklärte: **„Natürlich kann das ‚Gesetz Barreto' im Parlament durchkommen, aber damit ist es noch nicht im Alentejo durch. Der Kampf und der Widerstand der Massen können seine Durchsetzung verhindern."** Um die Massen zum Kampf zu mobilisieren, hat die Partei deshalb in den vergangenen Wochen eine breite Kampagne im Alentejo durchgeführt und zahlreiche Versammlungen in Kooperativen und Dörfern abgehalten. Auf diesen Versammlungen wurden auch die konkreten Formen des Kampfes besprochen, vor allem die Verteidigung der Kooperativen gegen die Nationalgarde und der Schutz der Ernte.

Nur der Kampf der Massen kann die Durchsetzung des „Gesetzes Barreto" und damit die Wiederherstellung der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten im Alentejo und Ribatejo verhindern. Für diesen Kampf rüsten sich jetzt die Landarbeiter, kleinen und mittleren Bauern.

Kambodscha

Aggressionsdrohung des Regimes in Thailand

Unverhüllt hat das faschistische Regime in Thailand mit einem Einmarsch seiner Truppen in das Demokratische Kambodscha gedroht. Als Vorwand für die Aggressionsdrohungen benutzte das Regime die Grenzzwischenfälle, die es selbst in der letzten Woche inszeniert hatte.

Die Drohung der thailändischen Faschisten kommt nicht von ungefähr. Seit dem Sieg des kambodschanischen Volkes in seinem revolutionären Befreiungskrieg gegen die Aggression des USA-Imperialismus und das von ihm ausgehaltene Lakaienregime Lon Nols haben die amerikanischen Imperialisten immer wieder versucht, Kambodscha erneut unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie sind es auch, die jetzt hinter den Provokationen der thailändischen Faschisten und ihrer unverhüllten Aggressionsdrohung stecken. Denn das Regime in Bangkok ist nichts anderes als ein Lakaienregime des USA-Imperialismus und völlig abhängig von den Waffen- und Dollarlieferungen Washingtons.

So ist es auch kein Zufall, daß zur selben Zeit, als die thailändischen Faschisten ihre Aggressionsdrohungen ausstießen, in Washington der außenpolitische Unterausschuß des Repräsentantenhauses eine Sitzung über das „Kambodschaproblem" abhielt. Auf dieser Sitzung wurden erneut die Lügen und Verleumdungen wiederholt, die der CIA seit der Befreiung Kambodschas in die Welt gesetzt hat. Da war z. B. die Rede von der angeblich „flagranten Verletzung der Menschenrechte" durch die kambodschanische Regierung usw. Es ist außerdem ebenfalls kein Zufall, daß sich gleichzeitig „Experten" des amerikanischen Außenministeriums — hinter diesen Experten verbergen sich in Wirklichkeit Agenten des CIA — in Thailand zu „Besprechungen" aufhielten.

Die Aggressionsdrohungen des faschistischen Regimes in Thailand gegen das Demokratische Kambodscha, hinter denen der amerikanische Imperialismus steckt, beweisen erneut, daß der amerikanische Imperialismus sein Ziel, die Völker zu versklaven und zu unterjochen, niemals aufgibt. Jede Illusion über diesen Räuber ist gefährlich. Einzig und allein der entschlossene Kampf der Völker versetzt ihm die Schläge, die er verdient.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Bericht aus Panama

Das Volk fordert "Yankee go home!"

Vor kurzem hatte ein Freund der Partei die Gelegenheit, Panama zu besuchen. Der folgende Artikel beruht auf seinem Bericht über die Lage im Land und den Kampf der panamesischen Volksmassen für die Befreiung ihrer Heimat vom Joch des amerikanischen Imperialismus. Panama ist bekanntlich einer der Hauptstützpunkte des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika. Der strategisch wichtige Panama-Kanal, der das Land teilt, ist amerikanischer Besitz. Auch die Kanalzone (ein durchschnittlich je 15 km breiter Landstreifen auf beiden Ufern des Kanals) ist amerikanisches Territorium, in dem die USA die Hoheitsrechte ausüben. Die USA-Imperialisten haben hier 13.000 Soldaten auf 14 Militärstützpunkten stationiert. Außerdem befindet sich in der Kanalzone das Hauptquartier des „Kommando-Süd", von dem aus der Einsatz der amerikanischen Truppen in ganz Lateinamerika dirigiert wird.

Tausende von panamesischen Oberschülern haben im Juni einen kämpferischen Demonstrationsmarsch auf die Kanalzone organisiert und durchgeführt. Mit hohem patriotischen Geist und vom Haß gegen die US-imperialistische Fremdherrschaft auf panamesischem Boden getragen, haben sie entschlossen und diszipliniert den drohenden Panzern und Maschinengewehren der Imperialisten getrotzt. Vor den Augen der US-Besatzertruppen holten sie die US-amerikanische Flagge herunter und hißten an ihrer Stelle die panamesische. Gleichzeitig führten sie auch in der Atlantikstadt Colon, die in der Kanalzone liegt, erfolgreich politische Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus durch. Überall hinterließen sie die Spuren ihres Kampfes zurück. So stoppten die Jugendlichen z. B. einen Zug der Kanal-Eisenbahngesellschaft, indem sie die Schienen besetzten. Überall konnte man gegen den amerikanischen Imperialismus gerichtete Parolen lesen:

„Uneingeschränkte Souveränität Panamas in der Kanalzone!"; „Der Kanal den Panamesen!"; „Keine US-Militärbasen auf panamesischem Boden!"; „Yankees go home!".

Die Kämpfe und Aktionen der Studenten im Juni waren Ausdruck der Kampfentschlossenheit und des Hasses aller Werktätigen Panamas gegen den amerikanischen Imperialismus. Sie kennen den grausamen Charakter seiner Herrschaft und haben seine blutigen Verbrechen gegen das panamesische Volk nicht vergessen. Sie haben den 9. Januar 1964 nicht vergessen.

An diesem Tag hatten sich Hunderte von Schülern und Studenten gegen die US-Besatzer erhoben. Ihr Kampf entzündete sich an der Mißachtung der panamesischen Nationalflagge an einer Yankee-Oberschule. Lediglich mit Steinen und Stöcken bewaffnet, standen sie den hochgerüsteten Besatzern, ihren Panzern und Maschinengewehren gegenüber. Damals ermordeten die amerikanischen Imperialisten 25 Jugendliche. Drei Jahre später übernahm in Panama eine Militärregierung die Macht, an deren Spitze bis heute der General Omar Torrijos steht.

Die Regierung Torrijos verkörpert im wesentlichen die Interessen der nationalen panamesischen Bourgeoisie. Das war ein Ergebnis der Kämpfe von 1964 und der folgenden Jahre.

Die panamesische Regierung fordert seit langem den Abzug der amerikanischen Truppen aus der Kanalzone und die Wiederherstellung der panamesischen Souveränität. Aber aufgrund ihrer Klassennatur kann die Regierung Torrijos nicht konsequent gegen den Imperialismus kämpfen. Sie hat mehr Angst vor dem revolutionären Kampf der Volksmassen als vor dem amerikanischen Imperialismus. Deshalb unterdrückt sie die revolutionären Arbeiter und Studenten. Sie hat weder die imperialistischen Monopole aus dem Land gejagt, noch die Großgrundbesitzer enteignet. Nach wie vor existiert die kapitalistische Ausbeutung, gibt es auf der einen Seite Arbeitslosigkeit, auf der anderen steigende Preise, so daß sich die Lage der Volksmassen verschlechtert. Die Regierung Torrijos kämpft nicht gegen den USA-Imperialismus. Sie sucht den friedlichen Ausgleich mit ihm und ist bereit, Kompromisse zu Lasten des Volkes mit dem Imperialismus einzugehen.

Ein solcher Kompromiß ist der jetzt unterschriftsreife neue Kanal-Vertrag, den Torrijos mit den amerikanischen Imperialisten ausgehandelt hat. Der neue Vertrag bestätigt die Besetzung der Kanalzone durch die amerikanischen Imperialisten bis zum Jahr 1999. Den USA-Imperialisten wird das Recht zugestanden, dort drei Militärstützpunkte zu unterhalten. Außerdem bleiben 40% der Kanalzone, darunter der Kanal selbst, amerikanisches Territorium. Unter diesen Umständen ist das Recht der panamesischen Behörden, über die restlichen 60% die Hoheit ausüben zu können, ein Hohn. Panama mußte sich in dem Vertrag außerdem verpflichten, durch den Kanal jederzeit Kriegsschiffe passieren zu lassen.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Vertrag Verrat an den nationalen Interessen des panamesischen Volkes bedeutet, daß für die sofortige vollständige Vertreibung der amerikanischen Besatzer kämpft. Durch sein Auftreten ist es Omar Torrijos gelungen, bis jetzt einen Teil der panamesischen Werktätigen zu täuschen. Dabei hatte er auch die Hilfe der modernen Revisionisten, die die Regierung Torrijos als „revolutionäre Regierung", ja, sogar als Regierung der „nationalistischen Volksdemokratie" bezeichneten. Sie vertuschten damit nicht nur den Klassencharakter des Regimes.

Sie propagierten damit auch die nationale Bourgeoisie zur führenden Kraft der panamaischen Revolution, um den revolutionären Kampf in die Sackgasse zu treiben. Das Regime belohnte sie für diese Dienste mit zahlreichen Posten in der Verwaltung und den kulturellen Institutionen. Die modernen Revisionisten erweisen sich auch in Panama als treue Diener der Bourgeoisie, als Feuerlöscher der Revolution, wobei sie zugleich versuchen, dem sowjetischen Sozialimperialismus Tür und Tor zu öffnen.

Aber die Demagogie der Regierung und der modernen Revisionisten verfängt immer weniger. Die Arbeiter kämpfen gegen die Ausbeutung in den Betrieben, die Bauern gegen die Ausplünderung durch die Großgrundbesitzer, die Jugend gegen die Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung. Sie sehen, daß die Reichen reicher wurden und die Armen ärmer; sie sehen, daß der zentrale Punkt der wirtschaftlichen Misere die nationale Unterjochung und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist. Die werktätigen Massen erkennen von Tag zu Tag besser, daß die nationale Befreiung notwendig ist, daß ohne den Imperialismus zu schlagen keine nationale Befreiung möglich ist.

Und sie erkennen, daß die bürgerlichen Klassen nicht in der Lage, aber auch nicht willens sind, konsequent für ein unabhängiges Panama, ein Land ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ein Land des sozialen Fortschritts und der Volksdemokratie zu kämpfen. Das panamesische Proletariat ist berufen, die führende Rolle in der Revolution zu spielen, die allein in der Lage ist, das Land zu befreien. Die Arbeiterklasse ist berufen, alle werktätigen Klassen und Schichten sowie die fortschrittlichen Kreise der nationalen Bourgeoisie unter seiner Führung zu einer Front gegen den Imperialismus und seine Lakaien zusammenzuschließen. Diese Aufgabe kann es aber nur dann erfüllen, wenn es von seiner marxistisch-leninistischen Vorhutpartei geführt wird.

Argentinien

Der Kampf der Partei gegen die Diktatur

Die Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten Argentiniens steht in den vordersten Reihen des Kampfes der argentinischen revolutionären Kräfte und des argentinischen Volkes gegen die reaktionäre Oligarchie und ihre Hintermänner, den USA-Imperialismus. Die mehr als einjährige Zeitspanne, die seit der Errichtung der Diktatur vergangen ist, ist voller Beispiele des Heldenmuts, der Entschlossenheit und Selbstlosigkeit der Mitglieder der Partei im Kampf um die Organisierung und Führung des Widerstandes der Volksmassen. In diesem Jahr hat sich die Partei weiter gefestigt und gestählt und damit die Bedingungen für noch größere Erfolge in der Zukunft geschaffen.

In einem Artikel des Zentralorgans der KP/ML Argentiniens „No Transar", der kürzlich von Radio Tirana gesendet wurde, wird der Kampf der Partei im ersten Jahr der faschistischen Diktatur analysiert. „No Transar" schreibt:

„Die KP/ML Argentiniens war die erste, die den reaktionären Charakter des Staatsstreiches brandmarkte und die Volksmassen aufrief, sich zu Klassenaktionen zu erheben, um die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Unsere Partei war die einzige politische Organisation, die eine korrekte Haltung einnahm. Das ist ein weiterer Beweis, der zeigt, daß unsere Partei den Marxismus-Leninismus beherrscht und schöpferisch anwendet, daß sie die organisierte Vorhut des Proletariats ist. Die Partei streckte angesichts der Verluste, die das Proletariat zu jener Zeit erlitt, nicht die Waffen und stellte sich in den Klassenschlachten entschlossen in die vordersten Reihen."

Besondere Bedeutung für die Arbeit der Partei im vergangenen Jahr hatten der 2. Parteitag und die 3. Tagung des Zentralkomitees, die im Juli 1976 stattgefunden hat. Die Partei legte als zentrale Aufgabe fest, die Volksmassen zu organisieren und die Schlachten zum Widerstand gegen die Offensive der Reaktion vorzubereiten. Sie rief die breiten Volksmassen dazu auf, den Widerstand zu entfalten, die Existenz der Massenorganisationen gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen, die Propaganda und Agitation als Mittel zur Mobilisierung zu verstärken und sich zusammenzuschließen, um den Angriffen der Oligarchie und der Reaktion Widerstand zu leisten. Gleichzeitig stellte die Partei die Aufgabe daraufhinzuarbeiten, die Partei enger mit den Massen zu verbinden, sie zu organisieren und aufzuklären, ihren Widerstand insgesamt zu entwickeln und die Initiative und Selbsttätigkeit der Partei in der Bewegung der Massen vorwärtszutreiben.

„Heute können wir sagen", heißt es in „No Transar", „daß wir die Verbindung der Partei mit den Massen verstärkt haben, daß wir eine wachsende Zahl Gewerkschaftsgruppen organisiert und neuorganisiert haben.

Die Partei hat an einigen der bedeutendsten Kämpfe des Proletariats in diesem Jahr teilgenommen und es wurden die ersten Schritte zur Organisierung der kommunistischen Jugend getan. Der Vertrieb der marxistisch-leninistischen Presse wurde aufrechterhalten und verbessert. Gleichzeitig hat die Partei etliche regionale Veröffentlichungen herausgegeben und verbreitet und so die revolutionäre Agitation verstärkt.

Ebenso wurden die Verbindungen der Partei mit den marxistisch-leninistischen Bruderparteien und mit jenen anderen Kräften im Ausland verstärkt, die sich mit dem Kampf des argentinischen Volkes solidarisieren.

Wichtige Schritte vorwärts wurden bei der Festigung der Partei und ihrer Revolutionierung getan, d. h., dabei, die Parteimitglieder in der Entschlossenheit zu erziehen, dem Volk, dem Proletariat, der Partei zu dienen, gleich, welchen Gefahren sie dabei auch begegnen mögen und welche Opfer sie auch bringen müssen."

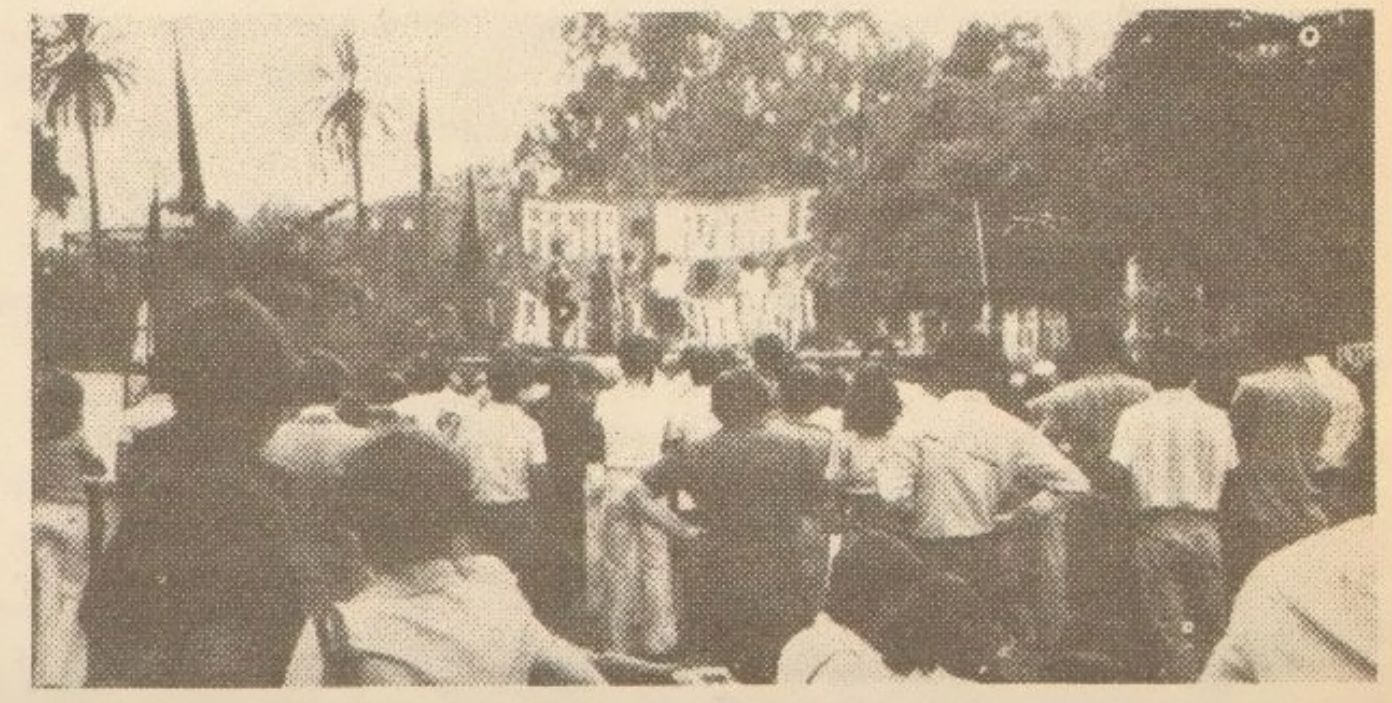
Die Partei zu festigen, ihre politische und ideologische Einheit zu erhöhen und sie zu revolutionieren sowie ihre Verbindungen mit den breiten Volksmassen zu verstärken, bleiben auch für die Zukunft wichtige Aufgaben der KP/ML Argentiniens. Zu diesen Aufgaben gehört auch die strikteste Anwendung der Normen der illegalen Arbeit und der Kampf der Partei für die Aufnahme neuer Mitglieder, hauptsächlich aus den Reihen der Arbeiterklasse.

„Die KP/ML Argentiniens", schreibt „No Transar", „ist entschlossen, alle Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden, um ihre revolutionären Aufgaben vollständig zu erfüllen, die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen zu führen und ihren Kampf zum Sieg zu führen."

Pressefest der 'Gioventú comunista'

Am 3., 4. und 5. Juni hat in Savona das Pressefest der „Gioventú Comunista", des Zentralorgans des Kommunistischen Jugendverbandes Italiens/ML stattgefunden. Der Erfolg des Pressefestes war so überwältigend, daß es 10., 11. und 12. Juni fortgesetzt wurde.

Im Mittelpunkt des Pressefestes stand der Kampf der italienischen werktätigen Jugend gegen die politische Unterdrückung, gegen die Arbeitslosigkeit und fortschreitende Faschisierung in Italien. Unter der Leitung der Partei erzieht der KJV Italiens/ML die italienische Jugend, um ihnen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, des Kampfes für ein sozialistisches Italien der Diktatur des Proletariats bewußt zu machen. Deshalb hat der KJV Italiens/ML unter der Jugend in den Betrieben und unter den arbeitslosen Jugendlichen und den Soldaten breite Aktivitäten entfaltet. Die Erfolge dieser Arbeit und des Kampfes der marxistisch-leninistischen Jugend zeigten sich in der großen Beteiligung auf dem Pressefest, in der begeisternden revolutionären Atmosphäre, die dort herrschte.



Die italienischen Genossen bei der Agitation und Propaganda für das Pressefest

Besonders große Begeisterung löste die Rede eines Genossen der KPI/ML, die den Jugendverband führt, aus.

Auf dem Pressefest gab es außerdem ein reichhaltiges revolutionäres Kulturprogramm. Es wurden Sketche und Theaterstücke aufgeführt. Viel Beifall fanden auch die zahlreichen Gesangsgruppen, die alte und neue revolutionäre Lieder vortrugen.

Die Rote Garde, die Jugendorganisation unserer Partei hatte eine Grußadresse an das Pressefest geschickt. Darin heißt es unter anderem:

„Die Rote Garde fühlt sich mit euch und allen anderen marxistisch-leninistischen Jugendorganisationen vereint auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Wir stehen Seite an Seite mit euch im Kampf gegen den Imperialismus, ihr im Kampf für ein sozialistisches Italien, wir im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland."

Abgeschlossen wurde das Pressefest mit dem Gesang der "Bandiera Rossa" und der „Internationale".

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21,30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Faschistische "Bürgerwehr" gegen KKW-Gegner

Gegen die Bewohner des sogenannten „Anti-Atom-Dorfes" in Grohnde hat sich jetzt unter dem Vorsitz eines gewissen Herrn Prothmann, Betriebsleiter einer Firma, die unter anderem Kleinmaterial für den Kraftwerksbau verkauft, eine „Bürgerwehr" gebildet. Prothmann, der sich in einem Aufruf offen zu Hitler bekennt und aufruft „zum Schutz von Persönlichkeit und Eigentum dem Chaos entschlossen entgegenzutreten" läßt keinen Zweifel daran, daß seine „Bürgerwehr" nicht nur die Polizei, die gegenwärtig das Lager mit Fernsehaugen und Richtmikrophonen überwacht und offensichtlich nur auf einen günstigen Zeitpunkt zum Überfall wartet, unterstützen wird, sondern auch selbst gegen das Dorf vorgehen will.

Bereits vor wenigen Wochen war es zu einem faschistischen Überfall von bewaffneten Männern auf ein ähnliches Lager in Heiteren im Elsaß gekommen. Trotzdem wartet man angesichts der Gründung dieser „Bürgerwehr" vergebens auf entrüstete Stellungnahmen der niedersächsischen Regierung. Denn die Politiker, die — geht es um revolutionäre Gewalt — nicht genug hetzen und ihren „Abscheu vor jeglicher Gewalt" betonen können, sie haben gegen solche reaktionären Gewaltorganisationen nicht das Geringste einzuwenden. Warum auch. Dient doch diese reaktionäre Gewalt dem Schutz des kapitalistischen Eigentums.

Steuersubventionen damit die Pfirsiche teuer bleiben

Obst, davon kann jede Hausfrau ein Lied singen, wird immer mehr zu einem Luxusartikel. Warum sind die Obstpreise so hoch? Weil die Ernten schlecht sind? Weil das Obst knapp ist? Oder weil die Bauern zu viel verdienen, wie man die Werktätigen in der Stadt gerne glauben machen möchte?

Nichts dergleichen. Nehmen wir zum Beispiel die Pfirsiche. In den Haushalten der Werktätigen sind sie knapp. Denn obwohl jetzt Pfirsichzeit ist, muß man für das Pfund Pfirsiche im Geschäft je nach Qualität eine bis zwei DM bezahlen. Aber während so mancher deshalb auf den Kauf von Pfirsichen verzichtet, werden gegenwärtig 40.000 Tonnen Pfirsiche auf Beschluß der EWG vernichtet. Warum? Damit der Preis für die Pfirsiche und damit der Gewinn für die Agrarkapitalisten nicht sinkt. Aber damit nicht genug. Aus den Steuergeldern der Werktätigen zahlt der kapitalistische Staat auch noch 60 Pfennig pro Kilogramm Pfirsiche, das vernichtet wird. Die Werktätigen bezahlen also auch noch dafür, daß sie weiterhin Wucherpreise für das Obst bezahlen müssen. So plündert die EWG im Auftrag der Kapitalisten die Werktätigen aus bis aufs Hemd.



Obsthalden in Holland

Gewissenlose Jagd nach dem Profit

Als bekannt wurde, daß in den USA das Medikament Phenformin, das zur Behandlung von Diabetikern eingesetzt wurde, verboten worden ist, hieß es in der bürgerlichen Presse, in der Bundesrepublik bestehe kein Anlaß zur Beunruhigung, da hier ähnliche Mittel schon längst kaum noch eingesetzt würden.

Eine unverschämte Lüge, wie sich schon wenige Tage später herausstellte. Denn da erklärte der Präsident der Deutschen Diabetisgesellschaft, daß in der Bundesrepublik in den letzten Jahren 29 Menschen im Zusammenhang mit der Behandlung von phenforminähnlichen Medikamenten gestorben sind.

Trotzdem werden diese Mittel hier auch weiter auf dem Markt bleiben. Denn wie in zig anderen Fällen auch ist dem Gesundheitsministerium, ist dem kapitalistischen Staat nur eines heilig: die Profite der Pharmakonzerne.

Sacco und Vanzetti rehabilitiert

Kein Ende der Justizmorde in den USA

In den Morgenstunden des 23. August 1927. Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti werden aus ihren Gefängniszellen im amerikanischen Staat Messachussets geholt und zur Gaskammer geführt. Beide sind Arbeiter italienischer Herkunft, aktive Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sieben Jahre sitzen sie hinter Kerkermauern, angeklagt eines Raubmordes, den sie nicht begangen haben. Der wirkliche Mörder hat längst gestanden, aber was kümmert das die Richter von Rockefellers Gnaden?

Einer dieser Henker im schwarzen Talar sagt über den Angeklagten Bartolomeo Vanzetti: „Dieser Mann hat möglicherweise das ihm angelastete Verbrechen nicht begangen, aber er ist moralisch schuldig, denn er ist ein Feind der bestehenden Ordnung." Trotz weltweiter Massenproteste, an denen sich in Deutschland auch die KPD und die Rote Hilfe beteiligen, werden die beiden Arbeiter am 23. August hingerichtet. Sacco und Vanzetti, diese Namen sind seither ein Symbol für die Brutalität, mit der die Wallstreet-Herren ihre Klassenherrschaft aufrechterhalten.

Jetzt, fünfzig Jahre nach dem Mord in der Gaskammer, erklärte der Gouverneur von Messachussets, Sacco und Vanzetti seien wahrscheinlich die „Opfer eines Justizirrtums" geworden, weil sie „Ausländer und Andersdenkende" waren. Den Jahrestag ihrer Hinrichtung solle man als Gedenktag begehen. So einfach wollen sich die Herren aus der Affäre ziehen! Aber der Mord an den beiden italienischen Arbeitern war kein Justizirrtum, er war ein geplanter heimtückischer Mord. Und er war weder der erste noch der letzte dieser Art.

Mit derselben Methode, einer gestellten Mordanklage, war schon der Arbeiterführer Joe Hill umgebracht worden. Und bis heute ist neben dem Polizeiknüppel und dem Sturmgewehr der Nationalgarde dieser „legale Mord" mit Hilfe des Justizapparats eine Waffe der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Werktätigen, zur kaltblütigen Liquidierung von Revolutionären.

Um solche faschistischen Justizkomplotte zu organisieren, um angebliches Belastungsmaterial zu beschaffen und „Zeugen" zu kaufen, haben die amerikanischen Imperialisten ihre Bundespolizei, das FBI, ausgebaut. Anfang der fünfziger Jahre wurde so aufgrund von Aussagen, die das FBI präpariert hatte, das Ehepaar Rosenberg der Spionage für die Sowjetunion angeklagt. Obwohl auch hier, wie im Fall von Sacco und Vanzetti, die Unhaltbarkeit der Beschuldigung bis ins einzelne entlarvt wurde, ließ die amerikanische Bourgeoisie die Rosenbergs hinrichten. Denn auch ihr wirkliches „Verbrechen" war es, Feinde der bestehenden Ordnung zu sein, die Kommunistische Partei in ihrem Kampf gegen die Weltherrschaftspläne der Wallstreet-Monopole unterstützt zu haben.

Die Verteidiger der amerikanischen Ausbeuterherrschaft, einschließlich ihrer revisionistischen Nachbeter, versuchen diesen Terror damit zu entschuldigen, daß sie ihn auf irgendwelche mysteriösen dunklen Elemente zurückführen, die angeblich außerhalb der Kontrolle der Regierung sich in den Apparaten der Polizei und der Geheimdienste eingenistet hätten. Ihr Held ist der Präsident Kennedy, von dem sie behaupten, er habe sich diesen Elementen entgegengestellt und sei schließlich selbst ihr Opfer geworden.

Aber gerade Kennedy, der die blutige Aggression gegen das vietnamesische Volk begann, der den Überfall auf Kuba in der Schweinebucht organisierte, war es auch, der das System des „legalen Mords" weiter ausbaute. Es waren eben nicht einzelne reaktionäre Verbrecher, es war der bürgerliche Staat selbst, der im Auftrag der Monopolbourgeoisie den faschistischen Mordterror gegen das Volk betrieb. So wurde zum Beispiel die rassistische Organisation Ku-Klux-Klan, auf deren Konto die bestialische Ermordung von Hunderten amerikanischer Neger geht, systematisch in den Dienst des FBI gestellt. Sechs Prozent der Mitglieder des Klan standen, wie bei einer Untersuchung in Washington zugegeben wurde, direkt auf den Gehaltslisten des FBI. Ähnlich verhält es sich auch mit anderen faschistischen Organisationen wie der John-Birch-Society und der Nazi-Partei.

Diese offen faschistischen Gruppen wurden von den Staatsorganen vorgeschickt, wenn es darum ging, die revolutionäre Bewegung der Volksmassen blutig zu unterdrücken. So erhielt der Ku-Klux-Klan 1963 die Anweisung vom FBI, eine Protestdemonstration von Afroamerikanern in Birmingham binnen 15 Minuten zusammenzuschlagen. Ebenfalls in den 60er Jahren entwickelte das FBI das Projekt „Cointelpro", mit dem die Bewegung der Black Panther zerschlagen werden sollte. Im Rahmen dieses Programms wurden Banden von schwarzen Provokateuren gebildet, deren Aufgabe es war, bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Black Panthers anzuzetteln. Bei einer einzigen Provokation dieser Art in New York wurden vier Männer erschossen. Das FBI nahm diese von ihm selbst in Szene gesetzten Schießereien dann jedesmal zum Vorwand, um mit „legalem" Terror gegen die Büros der Black Panthers vorzugehen. So wurde das Chicagoer Büro von über hundert Kugeln aus Polizeiwaffen regelrecht durchsiebt und zwei Führer der Black Panthers dabei ermordet.

Einige Einzelheiten über diesen staatlichen Mordterror sind im Zuge des Watergate-Skandals ans Tageslicht gekommen. Und das ganze offizielle Washington gab sich empört darüber. Vor allem Jimmy Carter, der neue Chef im Weißen Haus, versprach, daß jetzt alles anders werden soll, jetzt, wo „die Vereinigten Staaten von Amerika der Brennpunkt zum Schutz und zur Erhaltung der Menschenrechte geworden sind". Aber hat sich tatsächlich etwas geändert? Noch immer sitzen in den amerikanischen Gefängnissen Hunderte, vielleicht Tausende von Werktätigen, die genau wie Sacco und Vanzetti, wie die Rosenbergs und all die anderen mit falschen Anklagen zum Tod oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt sind.

Da ist zum Beispiel Gary Tyler, ein junger Afroamerikaner. Er hatte in einem Bus gesessen, der von weißen Rassisten überfallen wurde. Bei den Auseinandersetzungen, die dadurch ausgelöst wurden, fiel ein Schuß und tötete einen Schüler. Die Waffe, ein Polizeirevolver, wurde unter Garys Sitz „gefunden". Es fand sich auch eine Zeugin, die behauptete, gesehen zu haben, wie er schoß. Gary Tyler wurde zum Tode verurteilt. Und obwohl die Zeugin inzwischen erklärt hat, sie wäre zu ihrer Aussage von der Polizei gezwungen worden, ist der Prozeß nicht wieder aufgenommen worden.

Da sind die Drei von Charlotte, schwarze Bürgerrechtskämpfer aus Nord Carolina. Sie wurden zusammen mit einem gewissen Harrison, den keiner von ihnen vorher kannte, angeklagt, einen Pferdestall angesteckt zu haben. Harrison „gestand" sofort, worauf sein Verfahren abgetrennt und er selbst auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Drei jedoch wurden zu 10 bis 15 Jahren verurteilt. Auch in diesem Fall gab es „Zeugen", die für ihre Aussagen mit 15.000 Dollar belohnt wurden und außerdem noch 18.000 Dollar als Umzugskosten einstecken durften, damit sie sich vor dem Zorn der Werktätigen von Charlotte verkriechen konnten.

Diese Tatsachen zeigen, daß das System des „legalen Mordes" nach wie vor ein Bestandteil der Klassenherrschaft der amerikanischen Bourgeoisie ist. Keine Predigt über Menschenrechte und keine heuchlerische Gedenkfeier für Sacco und Vanzetti können das vertuschen.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen"; Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.